

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Fernsprecher Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich **RM. 1.60.** Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4089a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Beizeile oder deren Raum **15 Pfg.**, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur **10 Pfg.**, auswärtige Anzeigen **20 Pfg.** — Inserate für die nächste Nummer müssen bis **9 Uhr vormittags**, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 77.

Freitag, den 31. März 1905.

12. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Einen neuen Abonnenten

noch bis zum bevorstehenden Quartalswechsel für das Parteiblatt zu gewinnen, sollte sich jeder eifrige Parteigenosse zur Pflicht machen. Je mehr Abonnenten, um so einflussreicher und wirksamer ist das Blatt. Darum benutzt die nächsten Tage zur Aufklärung der indifferenten Kollegen, Nachbarn und Freunde über die Schädlichkeit der bürgerlichen Presse und veranlaßt sie zum Abonnement auf den „Lübecker Volksbote“.

## Politische Wandlungen.

Wandlungen.

Gelogen wie gedruckt. Durch die bürgerliche Presse macht gegenwärtig folgende Notiz die Kunde:

„Wegen herausfordernden agitatorischen Auftretens zugunsten der sozialdemokratischen Partei hat der Ehrenrat der Anwaltskammer für den Oberlandesgerichtsbezirk Marienwerder am Sonnabend in Marienwerder den Rechtsanwalt Wilhelm Westphal aus Danzig zu einer hohen Geldstrafe verurteilt. Der Ehrenrat hat, nach der „Eibinger Ztg.“, angenommen, daß Rechtsanwalt Westphal durch sein Verhalten die Standesehre verletzt habe. In der Anklage gab das Verhalten Westphals besonders bei dem Marienburger Maurerstreik Anlaß. Das Hauptvergehen des Rechtsanwalts Westphal wurde darin gefunden, daß er im Sommer 1904 eine öffentliche Versammlung beim Hotelbesitzer Reha („Drei Kronen“) polizeilich angemeldet hatte unter dem Deckmantel „Maurerverammlung“ mit feierlicher Aussprache für jeden, hernach aber diese angebliche Maurerverammlung sozialdemokratisch auszuweisen wollte. Als der Hotelbesitzer merkte, um was es sich in der Versammlung handelte, und erklärte, sein Lokal zu diesem Zweck nicht hergeben zu wollen, zog Westphal mit den etwa 250 Teilnehmern an der Versammlung über die Straße und setzte sich auf einer grünen Wiese unter die Äbster, um seine Rede zu halten. Gendarmen übertrafen und besetzten diese polizeilich nicht gemeldete Versammlung. Dies Verfahren ersetzte die Anwaltskammer als eines Rechtsanwalts unwürdig. Ferner wurde Westphal zum Vorwurf gemacht, daß er vor dem Schöffengericht in einer Verteidigungsrede gesagt: „Wenn ihr das passiert wäre, hätte er mit dem Knüttel dreisiggeschlagen.“ Vor dem Schöffengericht in Marienburg hatte Westphal die wegen Teilnahme an der Versammlung verhafteten Maurer dadurch verteidigt, daß er von Vergewaltigung der Arbeiter durch die Polizei sprach und im Interesse der Angeklagten bei Marienburger Bürgern Forderungen über die „himmelstreichende ungerechte Behandlung“ der freikundigen Maurer durch die Polizei machte usw. In der Verhandlung vor dem Ehrenrat der Anwaltskammer kam der sozialdemokratische Reichstagsabg. Rechtsanwalt Haase-Königsberg, der Westphal verteidigte, mit diesem in Streit: „Wenn ich Sie hier verteidige, dann verbitte ich mir jede Gemischnug von Thesen.“ Auch der Vorsitzende mußte Westphal zur Danksagung rufen.“

Diese Notiz ist direkt erlogen, wie aus folgenden Zeilen, die wir unserem Königsberger Parteiblatt entnehmen, hervorgeht:

„Der Rechtsanwalt Westphal ist allerdings vor dem Ehrenrat zitiert worden. Er ist aber nicht zu einer Geldstrafe verurteilt worden, sondern es ist ihm ein leiser Tadel ausgesprochen worden, weil er einem Schriftführer in Marienburg gegenüber, von dem er den Saal zu einem juristischen Vortrag mieten wollte, nicht deutlich

genug seine sozialdemokratische Gesinnung betont haben soll, und weil er in einer Verächtlichkeit, die er den Danziger „Neuesten Nachrichten“ eingeschickt hatte, die Polizei mit kräftigen Worten angefaßt hat. Im übrigen wurde er freigesprochen, insbesondere von dem Vorwurfe, als Verteidiger eines Marienburger Streikenden zu Gewalttätigkeiten angereizt zu haben. Der aus dem Streit bekannte Amtsrichter Menroth, der ihn deswegen denunziert hatte, mußte es erleben, daß der Staatsanwalt selbst diese Denunziation als völlig unbegründet preisgab. — Inzwischen ist in der „Eibinger Zeitung“ ein längerer Bericht über die Verhandlung gegen Westphal erschienen, der Bericht ist von Anfang bis zu Ende falsch und zwar offenbar von einem zeitweiligen Berichterstatter aus den Fingern geflogen, da die Verhandlung nicht öffentlich war und Außenstehende folglich gar nicht wissen können, was vorgegangen ist.“

Man ersieht hieraus wieder einmal, wie die bürgerliche Presse sich belügen läßt, wenn es gegen die Sozialdemokratie geht!

**Die richtige Antwort.** Der Landtagsabgeordnete Franken ist nationalliberal. Darum fiel es ihm nicht schwer, im evangelischen Arbeiterbunde zu Vorkam den Vorsitz zu führen und zugleich in Sachen der Bergwerke ganz auf Seiten der Herren Thyssen, Kirdorf und Gnossen zu stehen. Die Arbeiter hatten aber für diese echt nationalliberale Haltung des Herrn Franken kein Verständnis und veranlaßten ihn, den Vorsitz im evangelischen Arbeiterbunde niederzuliegen. Selbst in den Köpfen der evangelischen Arbeiter lämmert es erblich!

**Großkapital und Krone.** Die „Zukunft“ schreibt: „Im vorigen Jahre hat der Norddeutsche Lloyd dem Kaiser für eine Frühlingsfahrt ins Mitteländische Meer den Dampfer „König Albert“ unsonst zur Verfügung gestellt. Diesmal ist die Reihe an der Aktiengesellschaft des Herrn Ballin. Die Hamburg-Amerikanische Paketfahrt-Aktiengesellschaft stellt für die Reise nach Portugal, Marokko, Sizilien den Dampfer „Hamburg“ unsonst zur Verfügung. Das Schiff ist zu diesem Zweck ganz umgebaut, neu eingerichtet und gestrichen worden. Ein Hamburger Buchhändler hatte tausend funktionsfähige Hände für die Schiffsbibliothek des Kaisers zu liefern. Der hohe Gast reist mit großem Gefolge. Und schon der Kohlenbedarf eines solchen Schiffes kostet jeden Tag einen hübschen Haufen Geld. Die Gesellschaft kann sich's leisten; die profitablen Verkaufsgeschäfte, welche sie mit Rußland gemacht hat, haben ihr über manche Gefahr, manche unterlassene Abschreibung hinweggeholfen. Und der Aufsichtsratspräsident und ein Direktor des Lloyd haben nach der vorigen Reise den Noten Adler zweiter Klasse bekommen. Aber ist der Gedanke sehr schön, daß der deutsche Kaiser auf Kosten Bremer und Hamburger Aktionäre reist? Wenn ich im Parlament säße, würde ich bringend bitten, dem gehinterten Vertrauensmann der Nation das Einkommen so zu erhöhen, daß er seine Vergnügungsfahrten ohne solche Beihilfe unternehmen kann.“ — Die Sozialdemokratie wird solchen Antrag sicher nicht stellen, da es ihr nicht obliegt, das Ansehen der Krone zu wahren. Aber sie hat allen Anlaß, das tanige Verhältnis des Großkapitals zur Krone zu konstatieren.

**Die Wahlprüfungskommission des Reichstages** beschloß, bezüglich der Wahl des Abg. Pauli Oberbarnim (Rp.) den Reichstagskler um Beweiserhebung für behauptete Unregelmäßigkeiten zu ersuchen.

**Zentrumsbeleidigung gleich Gotteslästerung.** Von der Wählarbeit der ultramontanen Geistlichkeit im Saarrevier hatte der „Hannoverscher Courier“ in einem Artikel gesprochen, der den Prozeß des wegen Beleidigung des Bergwerks Hilgers zu 900 Mark Geldstrafe verurteilten Desbach'schen Redaktors Löhnen behandelte. Der Chefredakteur des „Hannoverschen Couriers“, Dr. Richard J. cob, ist deshalb am Montag vom Landgericht zu Hannover wegen Beleidigung der katholischen Geistlichkeit zu 200 Mk. verurteilt worden. — Das Urteil ist insofern interessant, als der Angeklagte hervorhob, daß er unter der ultramontanen Geistlichkeit nicht die katholische Geistlichkeit im allgemeinen, sondern nur für das Zentrum politisch arbeitenden Geistlichen, namentlich die Postpässe, gemeint habe. So wenig wir uns veranlaßt sehen können, für einen Gefolgsmann Hilgers Partei zu ergreifen, so liegt es doch gerade bei den ewigen Kapitalgeheimnissen zwischen Ultramontanen und Nationalliberalen im Saarrevier klar zutage, daß es sich um politische Gegensätze gehandelt hat. Offenungsgeschichtsaab das Gericht den Angeklagten der Beleidigung der katholischen Geistlichkeit für schuldig und ging bei der Summierung des Strafmaßes nach um 50 Mk. über den Antrag des Staatsanwaltes hinaus. Das Urteil stellt sich also auf den Standpunkt, daß ultramontan und katholisch gleichbedeutend ist, woraus weiter zu folgen wäre, daß das Zentrum auch den Schutz des Paragraphen 166 des Strafgesetzbuches zu genießen hätte, daß also Zentrumsbeleidigung ebensoviele schwer zu bestrafen ist wie Gotteslästerung. Wenn es sich um einen sozialdemokratischen Redakteur gehandelt

hätte, würde das Gericht vielleicht auch diese Ansicht ausgesprochen und auf einige Jahre Gefängnis erkannt haben.

**Kleine politische Nachrichten.** Der dänische Reichstag nahm gestern endgültig den Gesetzentwurf betr. Einführung der Prügelstrafe an. Traurig! — Wie die „Agencia Stefani“ meldet, ist das neue Ministerium folgendermaßen zusammengesetzt: Fortis Präsidium und Inneres, Littoni Aeuheres, Finocchiaro Aprile Justiz, Angelo Maiorana Finanzen, Carona Schab, Bedotti Krieg, Mirabello Marine, Leonardo Bianchi Unterricht, Carlo Ferrario öffentliche Arbeiten, Rava Ackerbau, Morelli Qualitratte Post und Telegraphen.

**Rußland.**

Die Lage in Jalta nimmt einen immer erregteren Umfang an. Dort sind große Unruhen ausgebrochen. Die Volksmenge demolierte das Polizeigefängnis und befreite alle Arrestanten. Außerdem wurden 50 Magazine völlig zerstört, verschiedene Privathäuser wurden angezündet; an ein Löschteam war nicht zu denken, da die rasende Volksmenge es verhinderte. Es sind hunderte von Leute. Viele verlassen in eiligster Flucht die Stadt. — In Livadia wurden die Gebäude des Apanageparlaments zerstört und die Familie des dort wohnenden Kammerherrn Marignow konnte nur mit genauer Müh die Leben retten. — Die Villa des Zaren in Livadia wurde, wie laut „Daily Chronicle“ einem ausländischen Konsulat in Odessa aus Jalta gemeldet wurde, in der Nacht zum Dienstag von einer Volksmenge niedergebrannt. — Auch auf vielen Gütern des Bezirkes Windau brechen Unruhen aus, zu deren Unterdrückung Truppen abkommandiert wurden.

## Rußland und Japan.

Die Russen befinden sich noch immer auf dem Rückzuge, von den Japanern verfolgt. Dienstag räumten sie die Station Schamajse. — Weitere Nachrichten liegen nicht vor.

Die „Petersb. Telegr.-Agentur“ erklärt eine Mitteilung des „Reuterschen Bureaus“ über Bereitwilligkeit Rußlands zu Friedensverhandlungen für unrichtig. Trotz der allgemeinen Hinneigung zu einem Abschluß des Krieges hat Rußland keine Friedensbedingungen vorgeschlagen und auch solche Bedingungen nicht ausgearbeitet.

## Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“

Berlin, den 29. März 1905.

175. Sitzung, Vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratsstisch: v. Einem, v. Tirpitz. Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Lesung des Gesetzentwurfs, betreffend die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres.

Dr. Wolff (Wirtsch. Bg.): Namens der Mitglieder der Wirtschaftlichen Vereinigung aus Süddeutschland habe ich zu erklären, daß wir uns bei der zweiten Lesung von der absoluten Notwendigkeit der Heeresvermehrung, insbesondere was die Kavallerie anlangt, nicht haben überzeugen können. Wir hätten unsere Bedenken nur dann zurückstellen können, wenn uns ausreichende Garantien für eine Lösung der Deckungsfrage gegeben wären, der wir zustimmen könnten. Aber auf die bloße Hoffnung einer Finanzreform hin können wir die Forderung nicht bewilligen.

Hierauf schließt die Diskussion. Der Gesetzentwurf wird mit geringer Mehrheit angenommen.

Der Gesetzentwurf, betr. Aenderung der Wehrpflicht, wird ohne Debatte gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Es folgt die dritte Beratung des Reichshaushaltsetats. Zur Generaldebatte erhält das Wort

Bebel (SP): Was mich veranlaßt, das Wort zu ergreifen, ist die Rede, die der Herr Reichstagskammerpräsident am letzten Montag im Abgeordnetenhause gehalten hat. Er hat bei dieser Veranlassung auf die Verhandlungen hier im Reichstage hingewiesen und dabei meine Partei und speziell auch meine Person angegriffen. Außerdem hat er eine Darstellung des Bergarbeiterstreiks gegeben, die ich in sehr vieler Hinsicht richtigstellen muß. Zunächst ist mir neu, daß die Sozialdemokratie, wie das der Darstellung des Herrn Reichstagskammerpräsidenten, den Staat leugnet. Unsere ganzen Bestrebungen laufen doch im Gegenteil darauf hinaus, das zu stärken, was man Omnipotenz des Staates nennt. Die Frage, ob in ferner Zukunft noch ein Staatsstreik möglich sei, ist eine rein theoretische Frage. Aber auch alles, was der Herr Reichstagskammerpräsident über den Streik gesagt hat, widerspricht der Wahrheit. Alle die Ausführungen, die meine Parteigenossen Hae, Sachse, Bömelburg usw. gemacht haben, waren das Gegenteil von dem, was der Reichstagskammerpräsident gemacht hat. Es wird dem Reichstagskammerpräsidenten unmöglich sein, aus der sozialdemokratischen Presse vor Ausbruch des Streiks irgend etwas zu zitieren, was beweisen könnte, daß wir auf den Streik hingearbeitet hätten. Es ist im Gegenteil eine Tatsache, welche von niemandem bestritten werden kann, daß der Streik von der Masse der nichtorganisierten Arbeiter

Aber die Köpfe der Führerschaft hinweg zu Hande gebracht wurde. Alle Parteien haben ferner anerkannt, daß die Führerschaft in der Siebenerkommission nicht den Männern aus der sozialdemokratischen Partei, sondern denen aus der Zentrumsparthei zugefallen ist. Nach der äußerst maßvollen Rede meines Vortragsgenossen Hne hier im Reichstage erklärte der Reichskanzler, daß er im Notfall die äußersten Mittel des Staates gegen die Unständigen anwenden würde. Das war eine Drohung! (Sehr richtig! h. d. Soz.) (Der Reichskanzler Graf Bälw tritt den Saal, kurz darauf Graf Besadowski.) Eine Drohung, die um so ungerechtfertigter war, als nichts gegen die Ordnung geschehen war und als der Abg. Hne versichert hatte, es würde auch in Zukunft nichts gegen die Ordnung geschehen. Statt das mit Genugthuung begrüßen, provoziert der oberste Reichsbeamte noch die 200 000 Unständigen! Dagegen sofort zu protestieren, hätte ich alle Veranlassung. (Lebh. Beif. links.) So lange überhaupt Arbeitermassen in irgend einem Staat der Welt in einen Zustand getrieben sind, ist noch nie ein Streik von solcher Größe so ruhig verlaufen. Das gereicht der deutschen Arbeiterkraft zur höchsten Ehre. (Beifall links und im Zentrum.) Es war im ganzen bei weitem über eine Million Menschen, die durch den Streik in ärgste Mitleidenschaft gezogen wurden. Und trotzdem ist der Streik ruhig verlaufen. Die Regierung aber hat uns provoziert. Als Abg. Hne erklärt hatte, daß der Streik über die Köpfe der Führer hinweg geschlossen sei, da goß der preussische Handelsminister Hohn und Spott über die Führer aus, daß sie so machtlos seien. Aber die Führer behielten doch die Gewalt über die Massen, und sie sorgten für eine rechtzeitige Beilegung des Streiks. Auch nach dieser Richtung hätten die Bergarbeiter und ihre Führer die höchste Anerkennung verdient. (Sehr richtig!) Drei Tage nachdem die Führer die Niederlegung des Streiks proklamirt hatten, war der ganze Zustand beendet, und das alles trotz der immer weitergehenden Provokationen seitens der Arbeitgeber. Aber von einer Niederlage der Bergarbeiter kann man nicht reden, denn es ist kein Zweifel, daß die Novelle zum preussischen Berggesetz niemals ohne den Streik gekommen wäre. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Ferner sind 100 000 Bergarbeiter neu für die Organisation gewonnen, darunter 60 000 für den sogenannten alten Verband, der als sozialdemokratisch bezeichnet zu werden pflegt. (Zwischenruf des Abg. v. Kardorff.) Aber Herr v. Kardorff, nicht durch die Unterstützung der Regierung ist dieser Erfolg zu Stande gekommen, denn diese hat sich bis zuletzt ablehnend gegenüber der ganzen Bewegung gezeigt. Es ist ja möglich, daß der Reichskanzler deshalb im Abgeordnetenhaus so gesprochen hat, weil er die Herzen des Reichsparlamentes für sich gewinnen wollte. Aber die Herren haben ihm ja gezeigt, daß sie nicht einmal für seine Konzeptionen zu haben sind, die in der Novelle enthalten sind. Die Bergarbeiter sind übrigens, soweit die bisherigen Verhandlungen des Bergarbeiterkongresses darüber ein klares Bild geben, mit dieser Novelle keineswegs einverstanden. Auch was der Herr Reichskanzler über die Stellung der sozialdemokratischen Presse zur Frage der Beendigung des Streiks gesagt hat, ist von A bis Z unrichtig. Als die Siebenerkommission den Streik für beendet erklärte, ist die gesamte sozialdemokratische Presse mit ganz wenigen Ausnahmen für diesen Beschluß eingetreten; der Parteivorstand hat sein Mitglied Wolkensbahr nach dem Rednerversteher geschickt, um dort die Parteigenossen mit allen Mitteln zu bewegen, zur Beerdigung des Streiks beizutragen. Auch die Generalkommission hat sich für den Beschluß der Siebenerkommission erklärt. Das ist die historische Wahrheit und dieser legt die Behauptung des Herrn Reichskanzlers Graf von Bälw direkt gegenüber. Ganz falsch ist die Behauptung des Herrn Reichskanzlers, daß wir eine mögliche Verleumdung der Massen im Interesse der Partei wünschen. Aus einer verleideten Masse können wir unsere Truppen nicht rekrutieren, sie beziehen im Gegenteil aus den Besten und Tätigsten der Arbeiter. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Ganz irrig ist auch die Anschuldigung des Herrn Reichskanzlers, als ob die Sozialdemokratie Freude an Streiks hätte. Im Gegenteil, weder wir, noch die organisierten Gewerkschaften haben das geringste Interesse an Streiks. Als ich den Satz las, den der Reichskanzler weiter sprach, daß er den Kampf gegen die Kultur- und freiheitswidrigen Bestrebungen der Sozialdemokratie unermüdet weiterführen werde, da hat mich, ich will es gestehen, eine fröhliche Heiterkeit erfaßt, die gewiß von den meisten Volkschichten geteilt wird. Ist es denn nicht gerade die Sozialdemokratie, die die Erlämpfung der Freiheit, die Förderung der Kultur sich zur Aufgabe setzt? (Lebh. Zusr. h. d. Soz., lärmender Widerspruch rechts, Unruhe im ganzen Saale.) Und wendet nicht der Reichskanzler alle Mittel an, um die einzige wirkliche Kultur- und freiheitswidrige Bestrebungen der Sozialdemokratie unermüdet weiterzuführen? (Zuruf rechts: Wo sollen Recht?) Antwort: Ich habe es mich gefreut, daß die heroische, einmütige Haltung der Bergarbeiter selbst auf den verächtlichsten preussischen Handelsminister Eindruck gemacht hat. (Stille des Präsidiums.)

Präsident Graf Bälw: Der Ansprache „verleihen“ auf einen preussischen Minister angewandt, geht entschieden zu weit. (Gr. Heiser.) Ich bitte Sie, sich zu mäßen. (Zur. rechts.)

Bebel (fortsetzend): In den Reden des Reichskanzlers spielte wieder das „letzte Wort“ eine Rolle. Wenn nun das angebliche letzte Wort zum einen wirklich sozialen Nützlichem werden sollte. (Sehr richtig! h. d. Soz.) dann würden wir es gewiß nach Stößen unterlegen. Der Herr Reichskanzler sagt weiterhin: Meine Herren! Sie können mich noch nicht. Jetzt haben wir's kennen gelernt. (Gr. Heiser h. d. Soz.) und haben gesehen, daß sich der Herr Reichskanzler nicht nach links, sondern immer mehr nach rechts orientiert hat. Die Möglichkeit einer Verständigung zwischen ihm und uns ist jetzt weniger vorhanden als vorher. — Noch ein Wort über Marokko. Wir behaupten, daß nicht bereits vor einem Jahre der Reichstag geneigt wurde, die berechtigten Interessen Deutschlands in Marokko zu wahren. Aus keinem Fall werden wir natürlich die Bestimmungen des Abkommens zwischen uns und England mit ihrer Spitze gegenüberstellen. Wenn die Politik, wie sie der Kaiser in Brüssel vertritt hat, wirklich eingehalten wird, so muß das zur Ermöglichung der kolonialen Aufgaben für Meer und Marine führen und eine solche Politik werden wir gern unterstützen. (Lebh. Zusr. h. d. Soz.)

v. Starobinski (Poln.) polemisiert gegen verächtliche antipolnische Bemerkungen aus der letzten Zeit und gegen die letzte Rede des Abgeordneten von Starobinski.

v. Kardorff (A.) verabschiedet sich und fordert die Polen auf, im Reichstage nicht so viel über die Polen zu reden. (Zuruf bei den Polen und Sozialdemokraten.)

v. Egarsinski (Poln.) wendet sich gegen den

deutsch-polnischen Boykott gegen die Polen, der amtlich unterstützt wurde.

v. Tiedemann (Rp.): Was wäre aus den Polen geworden, wenn die Preußen nicht Schulen eingeführt. Wege gekneht und meliorirt hätten? (Unruhe bei den Polen.) Gemiß, der Marinskowski Verein ist die Veranlassung, daß ein polnischer Mittelstand sich entwickelt hat. Aber dieser Verein hätte doch unmöglich junge Leute Rechtsanwältinnen usw. werden lassen können, wenn die preussische Verwaltung nicht die Schulen dazu geliefert hätte. Die Polen wollen durchaus Hammer sein; sie können aber doch nicht verlangen, daß die Deutschen immer Amboss sein sollen. Wir können nur weiter, wenn die Polen ihre nationalen Beliebtäten aufgeben. (Lebhafte Beifall rechts.)

Chlapowski (Poln.): Die Ansiedlungskommission ist der dringlichste Beweis dafür, daß die Deutschen den Boykott angefangen und durchgeführt haben.

Gothein (Sp.): Die preussische Politik der Nabelstiche hat den Widerstand heraufbeschworen, der die Arbeit der Ansiedlungskommission vernichtet. Herr Bebel hat sich über die Rede des Herrn Reichskanzlers im preussischen Abgeordnetenhaus gemündert. Ich wundere mich nicht darüber. Graf Bälw hat so viele verschiedene Seiten auf seiner Geige, und da hat er geglaubt, im Abgeordnetenhaus bei dessen Zusammenkunft die Novelle am besten zu fördern, indem er ihr einen scharfmacherischen Anstrich gab. Zur Handelsvertragsfrage muß ich auf Ungarn hinweisen. Da steuern wir einem vertraglosen Zustande entgegen, da man in Ungarn den Vertrag nicht will. Herr von Kardorff hat gestern allen Ernstes eine Befreiung der einseitigen Eisenbahnen durch das Reich gefordert. Ich hoffe, daß Herr von Kardorff bei seiner Jugendfrische noch einsehen wird, daß eine ganze Reihe von besseren Reichssteuerern möglich ist. (Beifall links.)

v. Kardorff (Rp.): Eine direkte Reichseinkommensteuer halte ich verfassungsmäßig für möglich. Wir haben bereits in der Fragnbrieststeuer eine direkte Steuer. Hinsichtlich des Streiks im Ruhrgebiete stehe ich auf dem gleichen Standpunkte wie meine Freunde im Abgeordnetenhaus. Was das Wahlgesetz anlangt, so wird hoffentlich das deutsche Volk stark genug sein, dieses Wahlgesetz zu befeitigen, wenn infolge des Wahlgesetzes Wahlkreise mit einer ruhigen, sich um Politik nicht kümmernden Bevölkerung gewissenlosen Agitatoren zum Opfer fallen, die es am besten verstehen, die Bevölkerung zu belügen und zu verheizen. (Zuruf: hört! bei den Sozialdemokraten.) Was aus dem Deutschen Reich werden sollte, wenn einmal Herr Bebel Reichskanzler würde, will ich nicht ausmalen. (Stürmische Heiterkeit.) Was Marokko anlangt, so kann Frankreich nicht im Zweifel darüber gewesen sein, daß wir auch dort die Politik der offenen Tür vertreten. Auch ich bin nicht für Besiegung von Marokko. Dennoch darf man nicht, wie es Herr Bebel getan hat, hier von der Tribüne aus sagen, daß wir in einem Kriege gegen Frankreich und England zugleich unterliegen müßten. Das heißt doch, diese Mächte geradezu auffordern, über uns herzufallen. Unser Land, das ist den anderen reichlich gewachsen. Ich nehme an, daß unsere Flotte wenigstens in der Verteidigungsstellung stark genug ist, um einen Angriff zu parieren. Wir Deutschen unterschätzen unsere Gegner nicht; wir gehen nur mit schwereren Sorgen in den Krieg, nicht mit jener Ueberhebung, wie es England getan hat. (Lebhafte Beifall rechts.)

Reichskanzler Graf Bälw: Ueber die Ostmarkenfrage will ich ebenso kurz sprechen, wie der Abg. Gothein, um so mehr, da die Herren von der polnischen Fraktion schon von den deutschen Rednern widerlegt, aber, um einen Ausdruck des Grafen Mielczewski zu benutzen, abgeführt worden sind. (Heiterkeit.) In der Ostmarkenpolitik kann der preussischen Regierung nur der Vorwurf eines Mangels an Kontinuität gemacht werden. (Beifall rechts.) Deshalb wird die preussische Regierung die jetzige Ostmarkenpolitik stetig fortsetzen. (Zuruf h. d. Polen: Nur immer zu!) Ueber die Marokkofrage im einzelnen zu äußern, halte ich auch jetzt nicht für opportun. Ich nehme aber keinen Anstand, zu erklären, daß ich mit den Ausführungen des Abg. Kardorff über diesen Punkt durchaus einverstanden bin. Seine Majestät der Kaiser haben schon vor Jahren Sr. Majestät den König von Spanien erklärt, Deutschland erstrebe in Marokko keine territorialen Vorrechte. Niemand hat aber die Berechtigung, aus dem Besuch in Tanger selbständige Motive gegen die Integrität von Marokko abzuleiten. Abhängig von diesem Besuch und von der Territorialfrage läuft die Frage unserer wirtschaftlichen Interessen. Wir haben in Marokko, ebenso wie in China ein erhebliches Interesse an der Aufrechterhaltung der offenen Märkte. Fürst Bismarck hat einmal gesagt, man könne niemand einen berechtigten Vorwurf machen, wenn er für nachweisbare Interessen eintritt. Die deutschen Interessen in Marokko sind recht erhebliche, und wir haben dafür zu sorgen, daß sie mit den aller anderen Mächten gleichberechtigt bleiben. Die Sprache und die Haltung des Diplomaten und Politikers richtet sich nach den Umständen. Den Zeitpunkt, den ich für die Vertretung deutscher Interessen für den geeigneten halte, wähle ich nach meinem eigenen Ermessen aus. Aber unsere Politik in der Marokkofrage hat sich nicht geändert. Sofern aber versucht wird, die völkerrechtliche Stellung von Marokko zu ändern, müssen wir auch in höherem Grade darauf achten, als früher, daß unsere wirtschaftliche Interessen in Marokko ungeschädigt bleiben. Wir werden uns deswegen zunächst mit dem Sultan von Marokko in Verbindung setzen. Herr Bebel hat bei diesem Anlaß einen Angriff gegen Herrn von Mienhausen gerichtet, und ihn als einen unbilligen Draufgänger bezeichnet. Nach meiner Erinnerung aber ist der Herr Abgeordnete von Mienhausen sehr viel friedfertiger als der Herr Abgeordnete Bebel. (Stürmische Heiterkeit.) Ich habe von Herrn von Mienhausen bisher noch niemals heftige und tadelnswürdige Angriffe gegen befreundete oder benachbarte Reiche gehört. Nun hat sich Herr Bebel gegen die Ausführungen gewandt, die ich vorgelesen im preussischen Abgeordnetenhaus gemacht habe. Wenn Herr Bebel bei dieser Gelegenheit, was ich jederzeit hier in diesem Saale über die unter allen Umständen anrecht zu erhaltende Ordnung gesagt habe, als eine Provokation der Arbeiter bezeichnet hat, so erwidere ich, daß wir es nicht als unsere erste und höchste Pflicht betrachten, zu verhindern, daß Gesetz und Ordnung verletzt werden. (Lebhafte Beifall rechts.) Herr Bebel hat weiter gemeint, daß in England oder Frankreich kein Minister sich so gegenüber dem Reich hätte benehmen und ausprechen können, wie ich bei dieser Gelegenheit. Ich erwidere, daß wohl kaum je gegenüber einer ersten, so weit reichenden Arbeitseinstellung eine Regierung eine schärfere und würdigere Haltung erträgt hat, wie in diesem Falle die würdige Haltung der Reichsregierung. Ich richte an den Herrn Abg. Bebel die Gegenfrage, wie haben sich denn bei ähnlichen Anlässen aus der Sozialdemokratie hervorgegangene Regierungen verhalten? Sie sind dem Streik immer militärisch entgegengetreten! So in Frankreich, so, wenn mein Gedächtnis mich nicht täuscht, der Genosse

Wulffsberger in Basel. Wenn der Abg. Bebel das bestritten sollte (Zuruf des Abg. Bebel: Das bestritte ich ja gar nicht) — nun, wenn es der Abg. Bebel nicht bestritt, so will ich dennoch, um sein Gedächtnis darin zu stärken, (Stürm. Heiterkeit rechts) verlesen, was er selbst auf dem internationalen Sozialistenkongress in Amsterdam darüber gesagt hat. Ich bemerke aber, daß mir diese Nachricht nicht vom Abg. Czabergler zugestuft ist. (Stürmische Heiterkeit im Zentrum.) Was der „Vorwärts“ darüber gelagt hat, war purer Schwundel. Also der Abg. Bebel hat ausgeführt, daß seit vier Jahren in Frankreich sowohl das Ministerium Waldeck Rousselle als das Ministerium Combes bei jedem Arbeiterstreik die bewaffnete Macht aufgebieten habe. (Zuruf, hört! rechts.) Abg. Bebel hat weiter erklärt, daß die Polizei gemaltätigster Weise in das Arbeiterhaus in Paris eingebrungen ist und 70 Arbeiter verhaftet, niedergeworfen habe, und trotzdem habe ein Teil der sozialistischen Freunde in der Kammer nicht für die Bestrafung des Polizeipräsidenten gestimmt. (Lebhafte Heiterkeit!) Dieser Polizeipräsident schloß ich mich natürlich nicht an, weil ich mich ganz objektiv gegenüber den Vorgängen in anderen Ländern verhalte. (Lachen links.) Aber ich richte die Frage an den Abg. Bebel, mit welchem Rechte er da gegen die preussische Regierung zu Felde zieht, die gegenüber den Ausländern von 200 000 Arbeitern nicht einen einzigen Soldaten auf die Beine gebracht hat. Als in der belgischen Kammer der belgische Kohlenarbeiterstreik zur Debatte stand, hatten die beiden Sozialistenvertreter von Lüttich, die belgische Regierung möge eine ebenso gerechte, sachliche Haltung einnehmen, wie die preussische während des Streiks im Ruhrrevier. (Zuruf: Herr Bebel, bei Ihren belgischen Genossen in die Lehre! Oder kommen Sie niemals mehr mit Ihren verdrehten Anschauungen — der Ausbruch zum Präsidenten hin) ist ja jetzt erlaubt. (Heiterkeit.) Ich habe immer gern anerkannt, daß der Streik im großen und ganzen ruhig verlaufen ist. Im streitenden Gegensatz zu dieser Haltung der Arbeiter stand aber von vornherein die Haltung der sozialdemokratischen Partei, bei welcher die Haltung der sozialdemokratischen Partei, bei welcher von vornherein immer wieder der politische revolutionäre Wierbesuch zum Vorschein kam. Die sozialdemokratische Presse war von Anfang an bemüht, Mißtrauen gegen die Regierung zu erwecken. Als die Regierung nun im Interesse des sozialen Friedens die Novelle zum Berggesetz in Aussicht stellte, hat die sozialdemokratische Presse alles getan, um den Arbeitern die Freude an diesem Eingreifen zu verhindern. Im Gegensatz zu den Ausführungen des Abg. Bebel behaupte ich, daß der Zustand schon sehr viel früher zu Ende gekommen wäre, wenn die sozialdemokratische Presse nicht immerfort Öl ins Feuer gegossen hätte. Ich habe hier einen Auschnitt aus der „Frankf. Zeitung“ vor mir, welche meint, daß sich in der Bergarbeiterangelegenheit die Sozialdemokratie geradezu täppisch benommen und mit ihrer abgebrauchten Waschkübel-Phrasologie eine große Dummheit gemacht hätte. Auch die „Aldin. Volksztg.“ wies während des Streiks darauf hin, daß der „Vorwärts“ den Kampf der Bergarbeiter sehr erschwert habe. Auch die Rede des Abg. Bebel hier im Hause während des Streiks zeugte von verdrehter Anschauung. Er hätte wirklich nicht anders sprechen können, wenn es seine Absicht gewesen wäre, die arbeitserfreundlichen Bestrebungen der Regierung zu hintertreiben. Nicht meine Rede im Abgeordnetenhaus hatte eine scharfmacherische Nuance, wie Herr Abg. Gothein gemeint hat, sondern Herr Abg. Bebel war einer der wirksamsten Helfer des sog. Scharfmacheriums. Nun hat mir ja der Abg. Bebel zu meiner nicht geringen Ueberraschung die Bundesgenossenschaft seiner Partei in Aussicht gestellt für den Fall, daß ich nach links rücken werde, daß ich die Sicherheit des Landes kompromittiere usw. Ich erinnere mich noch sehr deutlich, daß der Abg. Bebel bei verschiedenen Gelegenheiten mit derjenigen Offenheit, mit derjenigen Candeur (Naivität), die er ab und zu hat, ausdrücklich gesagt hat, die Sozialdemokratie nehme alle Konzeptionen entgegen, halte aber fest an der Entwicklung der Endabsichten. Die Endabsichten sind aber Ohnmacht des Landes nach außen und Anarchie im Innern. (Lachen h. d. Soz.) Ich bin der festen Ueberzeugung, daß die große Mehrheit des deutschen Volkes keine Lust verspürt, unsere verfassungsmäßigen Zustände mit der Diktatur des Proletariats, mit der Zuchtbauführung des Zukunftstheaters (Gelächter bei den Sozialdemokraten), mit einer banalsten Gleichmacherei und mit einem Wirwar zu vertauschen, der nach allen geschichtlichen Erfahrungen schließlich durch den Säbel durchhauen würde. (Lebh. Beifall, namentlich rechts.)

Sieg (M.) polemisiert gegen die Ausführungen der polnischen Abg. v. Starobinski, v. Egarsinski und v. Chlapowski und behauptet, daß die Polen die wahren Schuldigen an der Feindschaft zwischen der polnischen und deutschen Bevölkerung in den Ostprovinzen.

Blumenthal (Sp.): Sie haben in der zweiten Lesung einen Antrag angenommen, daß Schlaf-Lothringen eine Stimme im Bundesrat bekommen solle. Wir hätten, wenn wir hätten anwesend sein können, natürlich für diese Resolution gestimmt; aber diese Forderung ist doch keineswegs die wichtigste des schlaf-Lothringischen Volkes. Wir wünschen auch keineswegs eine Stärkung des Einflusses Preußens im Bundesrat. Viel wichtiger ist für uns die Einführung einer aus allgemeinen direkten und geheimen Wahlen hervorgegangenen Volksvertretung. — Redner begrüßt es, daß von einer Trübung der deutsch-französischen Beziehungen durch die marokkanische Frage nicht die Rede sei.

Bebel (SD.): Ich betone nochmals, daß im Januar zu der Drohung des Herrn Reichskanzlers gegenüber den Bergarbeitern nicht der geringste Anlaß vorlag. Seine Worte wirkten damals als Drohung aufgefaßt werden, zumal er gegenüber den Provokation der Unternehmer nur Worte der Milde hatte. Daß ich in allen meinen Reden zum Bergarbeiterstreik scharfmacherisch gewirkt hätte, ist schon deshalb ausgeschlossen, weil ich in dieser Sache nur eine einzige Rede gehalten habe. Und in dieser Rede habe ich der preussischen Regierung nicht den geringsten Vorwurf gemacht, denn in diesem Falle hat sich in der Tat ausnahmsweise die preussische Regierung korrekt verhalten. Die ganzen Vorlesungen meiner Ausführungen auf dem Amsterdamer Kongress hatten gegenüber meiner Rede gar keinen Sinn. Der Herr Reichskanzler ist offenbar wieder mit einem fertigen Manuskript in der Annahme, daß ich das und das sagen würde, hergekommen und diese Rede mußte nun gehalten werden, ganz gleichgültig, was ich sagte. (Heiterkeit.) Nebenbei bemerke ich, daß weder ich, noch einer meiner Parteifreunde behauptet hat, daß Herr Czabergler dem Reichskanzler Material liefere. — An die Arbeiterfreundlichkeit der preussischen Regierung können wir nach ihren Handlungen nicht glauben; sind doch die Arbeiter durch das infame Dreiklassenwahlrecht von der Vertretung im preussischen Landtag ausgeschlossen.

Prät. Graf Bälw: Sie dürfen das Wahlrecht eines Bundesstaates nicht infam nennen.

Bebel (fort.): Ob ich es nun infam nenne oder das elendeste aller Wahlssysteme, wie es Bismarck getan hat, kommt wohl auf eins heraus. Wir haben nicht die Bergarbeiter in den Streik getrieben; aber als der Streik ausgebrochen war, war es selbstverständlich, daß wir die

Arbeiter in ihrem Kampfe unterstützt; denn wohl niemals war ein Streik gerechtfertigter als dieser Kampf. (Sehr richtig! b. d. Soziald.) Wir sollen den Arbeitern das Gesetz zu vereteln gesucht haben. Nun eine besondere Genugtuung konnten wir wirklich über die Novelle nicht empfinden, sie nicht einmal die Forderungen erfüllt, die 1889 Herr Hammacher den Bergarbeitern kongredierte. (Sehr richtig! b. d. Soziald.) Unter allen auf dem Bergarbeiterkongress vertretenen Arbeitern, sozialdemokratischen und nichtsozialdemokratischen, ist man einstimmig der Ansicht, daß die Vergesetznovelle nicht genügt, empfindet man einmütig das mit Kompensationsentschuldigte Wegbleiben von Vertretern des Reichsamts des Innern, die Nichtvertretung des preussischen Handelsministeriums als eine schwere Zurücksetzung gegenüber den stets von den Behörden mit zarter Rücksicht behandelten Unternehmerkongressen. Dies fernbleiben von Vertretern des Handelsministeriums hat mehr verbittert als die Mängel der Vergesetznovelle. Und da verlangt man von den Arbeitern, daß sie Vertrauen zu der Regierung haben sollen! (Sehr gut! b. d. Soziald.) Der Reichskanzler sprach höflich von der Bundesgenossenschaft, die ich ihm angeboten haben soll. Es ist noch nicht sehr lange her, als er größeren Wert auf die Mitarbeiterschaft der Sozialdemokratie legte. Ich erinnere an die erste Verjüngung des Reichstages, als er unserer Haltung gegenüber den Hezereien einer gewissen Presse gegen England mit einer gewissen Anerkennung gedachte. Der Reichskanzler kam dann wieder auf den Zukunftsstaat zu reden. Wenn der Zukunftsstaat so richtig wäre, wie der Herr Reichskanzler meint, dann freilich würden wir nicht drei Tage am Ruder bleiben. (Stürmische Sehr richtig! rechts.) Aber wir sind nicht so töricht, wie der Herr Reichskanzler meint, dann freilich würden wir nicht drei Tage am Ruder bleiben. (Stürmische Sehr richtig! rechts.) Aber wir sind nicht so töricht, wie der Herr Reichskanzler meint, dann freilich würden wir nicht drei Tage am Ruder bleiben. (Stürmische Sehr richtig! rechts.)

Reichskanzler Graf Bülow: Die Kanonade des Herrn Vorredners war wohl mehr oder weniger ein Rückschlag. (Lautes Gelächter b. d. Sozialdem.) Deshalb gehe ich auch nicht auf die kleinen Maliken gegen mich ein. Was ich zuerst über den Streik gesagt habe, war keine Drohung, sondern die Feststellung eines Grundgesetzes, das in jedem monarchischen Staate gilt. Den Unternehmern gegenüber habe ich mich auch vollkommen objektiv verhalten. Ich verkenne nicht, daß die Unternehmer im Ruhrrevier durch rastlosen Fleiß (Zuruf b. d. Sozialdemokraten: Ihrer Arbeiter!) und Intelligenz sich ihre Weltstellung erworben haben, aber ich habe auch betont, daß die Haltung der Bechenbesitzer bei dem Streik keine politisch kluge war, und ich sehe nicht an zu erklären, daß ich die zu heftige und leidenschaftliche Opposition der Bechenbesitzer gegen die Vergesetznovelle beklage. Ich habe nicht gesagt, daß Herr Bebel behauptet habe, Herr Erzberger stelle mir Material zur Verfügung, sondern ich habe von einem sozialdemokratischen Blatte (Zuruf: „Vorwärts!“) gesprochen, das diese Behauptung aufstellte, die ich nochmals als einen albernen Schwindel charakterisierte. — Herr Bebel meinte, ich unterschätze die Mithilfe der Sozialdemokratie, die sie eventuell der Regierung bieten könne. Wenn die Regierung seine oder seiner Freunde Hilfe je in Betracht ziehen soll, dann müßten Sie sich nicht nur mausern, sondern eine ganz andere Haut ansetzen. (Heiterkeit rechts.) Als Herr Bebel wieder auf meine Bemerkung über den Zukunftsstaat einging, dachte ich: Nun kommt's endlich. (Heiterkeit.) Aber es war wieder nichts, der Zukunftsstaat kommt niemals aus dem Futteral heraus. (Große Heiterkeit rechts.) Die Herren von der Sozialdemokratie sollten sich das Wort des Herrn Bebel vom Antierdamer Kongress ins Stammbuch schreiben: Die Republik ist nicht so gut, wie wir sie machen, und die Monarchie ist nicht so schlecht, wie wir sie machen. (Lachen b. d. Soziald.)

Kulerski (Polen) spricht gegen die Polenpolitik der preussischen Regierung.

Lattmann (Antif.) tritt dagegen auf, daß Herr Bebel sich immer als Vertreter aller Arbeiter aufspiele. Gerade die Bergarbeiter seien nur zum Teil Sozialdemokraten und der Streik wäre jedenfalls nie so ruhig verlaufen, wenn er ein sozialdemokratischer Streik gewesen wäre. Der Reichskanzler möge künftig die nichtsozialdemokratischen Gewerkschaften durch eine kräftige Sozialpolitik unterstützen.

Damit schließt die Generaldebatte. In der Spezialdebatte werden die Etats des Reichstages, des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes angenommen. Es folgt der Kolonial-Stat.

Beim Kolonial-Stat fragt Erzberger (Z.), ob es wahr sei, daß ein Aufstand in Südamerica zu erwarten sei.

Kolonialdirektor Dr. Stuebel erwidert, ein Telegramm vom 25. März besage, daß die Lage unverändert sei, daß man aber, um auf alle Fälle gerüstet zu sein, eine Truppenvermehrung gebrauche. Das werde natürlich geschehen.

Der Kolonialstat wird genehmigt. Beim Stat des Reichsamts des Innern wendet sich

Becker (M.) gegen die Angriffe, die der Abg. Scheidemann bei der zweiten Staatsberatung gegen ihn richtete. Wenn man ihn bekämpfen wolle, möge man ihn sachlich und ehrlich bekämpfen.

Scheidemann (SD.) erklärt, er habe Becker nicht persönlich angegriffen. Er halte alle seine Behauptungen gegen Becker aufrecht.

Um 7 Uhr wird ein Vertagungsantrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Nach einer kurzen Bemerkung Bruhns (Wirtsch. Bg.) wird ein Vertagungsantrag angenommen.

Morgen 11 Uhr Vormittags: Fortsetzung. Schluß 7 1/4 Uhr.

## Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 30. März.

**Achtung, Flußschiffer!** Ueber den Flußschiffahrts-Vertrieb von H. Drews ist wegen Lohnunterschieden die Sperre verhängt. Zugang ist ferngehalten.

Die Lohnkommission der Flußschiffer.

Die Bürgerchaftswahlrechtsverschlechterung hat das Amtsblatt in 14 Artikeln, von denen einer immer noch „interessanter“ als der andre war, zu verteidigen gesucht. Es hat durch Ziffern und Worte, die beide gleich überflüssig waren, den Beweis liefern wollen, daß die „gemeinsame Kommission“ mit ihren Vorschlägen ins Schwarze getroffen und den „einzig gangbaren Weg“ gefunden hat. Es wurden sogar die verschiedensten Projekte wie Proportionalwahl, Ständerwahl „in den Kreis der Erörterungen“ gezogen, aber dieselben fanden nicht Gnade vor den Augen der Leute, die verpflichtet sind, alles das zu verteidigen, was „ein hoher Senat“ wünscht. Als Argument gegen die Proportionalwahl wurde ins

Feld geführt, daß dieselbe anderwärts noch nicht genügend erprobt sei; die Ständerwahl würde den Kreis der Wähler in den verschiedenen Abteilungen zu eng ziehen, und was alles zur „Beweisführung“ herangezogen wurde. Daß das vorgeschlagene Wahlrecht ein Unikum ist, welches noch nirgends erprobt wurde und das vorzuschlagen und auszuführen einer lästigen „gemeinsamen Kommission“ vorbehalten blieb, tritt allerdings in den „Bandwürmern“ der „Lübedischen Anzeigen“ ganz in den Hintergrund. Die Herrschaft der bestehenden Klassen wird durch das geplante Wahlrecht verewigt, und das ist für diese Herren die Hauptsache. Wohl macht es ihnen einige Schmerzen, daß die „zweiklassigen“ Bürger insgesamt der Sozialdemokratie anheimfallen werden, aber auch dagegen hat es ein Rezept. Mit der ihnen eigenen Unerschämtheit macht das Amtsblatt den Vorschlag, den Sozialdemokraten in der zweiten Wählerklasse „noch einige Mandate abzuwaschen“, wie das Blatt sich ausdrückt, indem man für diese zweite Klasse ein Verhältniswahlrecht einführt, durch welches dem Kleinbürgertum einige nichtsozialdemokratische Mandate in der zweiten Klasse gesichert würden. Das Blatt schlägt ein Wahlrecht vor, bei dem den nichtsozialdemokratischen Wählern der zweiten Klasse unter allen Umständen drei Mandate zufallen müssen! Wenn man doch einmal bei der Entrechtung der Arbeiter ist, dann lieber etwas mehr, als zu wenig, kalkuliert das Protokollorgan. Das Amtsblatt muß wohl selbst einsehen, daß es nur als Dienstknecht der herrschenden Klassen betrachtet wird und daß man deshalb seine Ausführungen nicht als selbständige Meinungsansicht, denn es versucht sich von dem Verdacht der Liebedienerei nach oben freizumachen, indem es schreibt: „Aus den eingekreuzten kritischen Bemerkungen wird der Leser ganz von selbst (?) den Eindruck gewonnen haben, daß nicht Liebedienerei vor der Obrigkeit, oder Neveerungen vor einzelnen Parteien oder Fraktionen, sondern nur das Interesse für die freie und Hansestadt Lübeck dem Autor die Feder geführt haben. Die Aufgabe der Presse muß es sein, in kritischen Zeiten nach bestem Gewissen aufklärend zu wirken und auch die Meinungen politischer Gegner nicht zu unterschätzen.“ Wenn die wenigen „kritischen“ Bemerkungen, die fast immer durch einen späteren Nachschub wieder aufgehoben wurden, beweisen sollen, daß nicht Liebedienerei sondern „Interesse für die freie und Hansestadt Lübeck“ die Triebfeder der Bandwurms-Artikel gewesen, so ist diese Argumentation gerade so „schlagend“, wie diejenige für den Wahlrechtsraub. Man wird sie kaum ernst nehmen! Der Artikel 14 des Amtsblattes schließt mit einer Wehräußerung des Bürgeriums, „das Lübeck frei und stark gemacht hat.“ Das waren denn doch andere Bürger, wie die jetzt herrschende Bourgeoisie; die hielten auch stolz ihr Haupt vor Fürsten aufrecht. Weil nun früher einmal die Lübeder Bürger mehr Mannesmut als jetzt besaßen, wird geschlußfolgert, muß das Bürgerium die Leitung des Staates für immer in Händen behalten. Die Zeit wird es ja lehren, ob es immer so bleiben wird; die Geschichte hat gezeigt, daß man dauernd dem Fortschritt nicht widerstehen kann. Weiter wird den gutgläubigen Amtsblattlesern folgende Weisheit unterbreitet: „Für Lübeck und für Deutschlands Größe hat die Sozialdemokratie noch nichts geleistet.“ Daß die ganze deutsche Sozialgesetzgebung der Sozialdemokratie zu danken ist, hat seinerzeit sogar Bismarck anerkannt; für die Vergrößerung Deutschlands durch Kolonien oder vermittelte Kriege sind wir allerdings nicht zu haben. Wenn es heißt, wir haben noch nichts für Lübeds Größe geleistet, so liegt das, wenn es wahr wäre, nur daran, daß wir noch nicht die Macht dazu besaßen. Würde in der Leitung des Lübedischen Staates die Sozialdemokratie je vertreten sei, wie es ihr nach ihrem Stärkeverhältnis zukommt, dann könnte man sicher sein, daß bessere und gerechtere Verhältnisse Platz greifen würden, als sie zurzeit bestehen. Dann würde als erster Grundtag gelten: Gleiches Recht für alle!

Der Neubau des Stadttheaters beschäftigte gestern den Bürgerausschuß; demselben lagen hierzu folgende Senatsanträge vor: 1. Es wird aus öffentlichen Mitteln der Bau eines Theaters auf dem Lindenplatz beschlossen. 2. Die Traghöhe der Baukosten des Theaters mit Zuschuß, ausschließlich des sogenannten Theaterfundus, wird auf eine Million Mark bestimmt. Ueber die Frage, auf welche Klasse die Baumkosten anzuweisen ist, bleibt die Entscheidung vorbehalten. 3. Es wird eine Theaterbaukommission eingesetzt, die aus vier Senatoren und acht Bürgern besteht. Die bürgerlichen Teilnehmer wählt der Bürgerausschuß. Der Senat bestimmt den Vorsitzenden und seinen Stellvertreter. Der Baudirektor Kaiser, der Baupolizeinspektor und Baudirektor Vedtius werden der Baukommission als beratende Mitglieder beigeordnet. Die Theaterbaukommission wird beauftragt: 1. Die Bedingungen für einen beschränkten Wettbewerb festzustellen; 2. Die Architekten, die zur Konkurrenz zugelassen sind, zu bestimmen; 3. Unter den eingereichten Plänen die Entscheidung zu treffen; 4. alle für den Bau erforderlichen Maßnahmen zu treffen, den Bau zu beaufsichtigen und abzunehmen; 5. die mit Rücksicht auf die Ausführung des Baues dennoch erforderlichen weiteren Anträge zu stellen. 4. Der Theaterbaukommission wird die nach den Bedingungen der deutschen Architekten erforderliche Summe für die auszuführenden Preise bis zur Höhe von 12000 Mk. zur Verfügung gestellt. — Der Bürgerausschuß verwies die Vorlage an eine aus sieben Mitgliedern bestehende Kommission; derselben gehören folgende Herren an: Dr. Ziehl, Blund, Behn, Dr. Vanda, Lauenstein, Hindelberg und Quisem.

Zum Vorsitzender beim Landgericht hat der Senat den preussischen Gerichtsassessor Jagemann für die Zeit vom 1. April bis 1. Oktober d. Js. beigeordnet.

Die Travemünder Strandpromenade, die durch die Sturmflut gelitten hat, wird den lästigen Steuerzahlern, die in ihrer großen Mehrheit kein Interesse an derselben hat, noch manchen Groschen kosten. Ein vom Bürgerausschuß zur Vorprüfung des Senatsantrages betr. Sicherung und Wiederherstellung der Strandpromenade eingesetzte Kommission empfiehlt die Annahme der Vorlage mit folgenden Änderungen: Die Strecke, welche in einer Länge von 450 Mtr. mit einem 6 Mtr. breiten Klinkerbelag gesichert werden soll, wird nur 5 Mtr. breit ausgeführt. Die zu erneuernde Einbruchsstelle am Dollweg wird mit Klinkern belegt, ebenso die in der Nähe befindliche Betonfläche. — Der Bürgerausschuß wolle das Ersuchen an den Senat richten, die Baudeputation zu beauftragen, an einem oder mehreren Aufgängen der Strandpromenade

geeignete Gländer anbringen zu lassen. — Der Bürgerausschuß erklärte sich für die Mitgenehmigung der Vorlage mit den von der Kommission beantragten Änderungen und beschloß, das obige Ersuchen an den Senat zu richten. — Wäre es nicht viel richtiger, wenn die Herren mit dem großen Geldbeutel, die im Sommer in Travemünde sich von ihrer Arbeit „erholen“, auch die Kosten für die fast ausschließlich ihnen zugute kommende Strandpromenade tragen würden, anstatt daß die Bevölkerung Lübeds blechen muß?

Zum engeren Wettbewerb zugelassen wurde der Musiklehrer Carl Otto hier selbst, Ranger Lohberg, der sich mit einer Komposition an einem von London ausgehenden internationalen Preisausschreiben beteiligt hatte. Von der Jury wurde ihm diese Nachricht übermittelt.

Sie haben ihn gefunden! Vor längerer Zeit ging die Mär durch das Land, in Lübeck würde von den vereinigten bürgerlichen Parteien ein Sekretariat gegründet werden, dessen Hauptzweck die Bekämpfung der Sozialdemokratie sei, das nebenbei jedoch auch Auskunft in Rechtsfragen erteilen solle. Später suchte man glauben zu machen, es handle sich um ein Institut, das im Interesse der Arbeiterfrage liege. Diesen Schwindel glaubt natürlich niemand, denn die Arbeiter haben bereits seit Jahren ihr Auskunftsbureau. Nun gibt man auf die Suche nach einem Sekretär, der denn auch glücklich in der Person des Dr. Linz gefunden zu sein scheint. Viel Arbeit wird ihm voraussichtlich kein Posten nicht bringen!

Stadttheater. Aus dem Theaterbureau schreibt man: Wie am Anfang der Saison angekündigt, bringt die Direktion in dieser Saison „Faust“ I. und II. Teil zur Ausführung. Der erste Teil, der schon in voriger Saison mustergültig aufgeführt worden ist, geht erstmalig am Freitag in Szene und sei gleich erwähnt, daß der erste Teil nur einmal wiederholt, während „Faust“, zweiter Teil, überhaupt nur einmal zur Aufführung kommt. Die Vorstellungen beginnen um 7 Uhr abends und sind gegen 12 Uhr beendet.

Eine öffentliche Malergefellen-Versammlung findet am Freitag, den 31. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im „Bürgerverein“, Königstraße 25, zwecks Neuwahl zweier Gefellen aus dem Mitgliedsrat und zweier Ersatzmänner statt.

Handelsregister. Am 29. März 1905 ist eingetragen: 1. bei der Firma Minna Ahrens in Lübeck: die Firma ist erloschen. 2. bei der offenen Handelsgesellschaft Koppelow u. Morgenstern in Lübeck: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der bisherige Gesellschafter Kaufmann F. J. C. Morgenstern in Lübeck ist alleiniger Inhaber der Firma.

In Vertretung. Für die Dauer der Abwesenheit des Senators Dr. Klug hat Senator Wolpmann den Vorsitz in der Kanalbaubehörde und in der Vorsteherchaft des Heiligen Geist-Hospitals Senator S. Evers den Vorsitz in der Baudeputation übernommen.

Feuer. In der Nacht vom 29. zum 30. d. Mts. gegen 1 1/2 Uhr wurde die Feuerwehrr nach Krempelesdorf gerufen, woselbst in einem unbewohnten, auf dem Grasmischen Grundstücke belegenen, alten hausfälligen Hause ein Feuer ausgebrochen war, wodurch das ganze Gebäude eingestürzt wurde. Vermutlich ist das Feuer durch einen Obdachlosen, der in dem Hause übernachtete, verursacht.

Kleine Chronik der Nachbargemeinden. In die Hamburger Kindesmordaffäre, die schon seit einiger Zeit die Gemüter beschäftigt, ist durch das Geständnis des Kommissars Blauftein, der verhaftet ist, mehr Licht gekommen. Danach hat dieser, der Bräutigam der Schulle, in Gegenwart der letzteren das Kind, das nach der Geburt gelebt hat, bei der Lombardsbrücke in die Mitter gemorfen. — In Haft genommen wurde in Neumünster ein Arbeiter wegen Verdachts, vor etwa zwei Jahren die Tochter der Eheleute Grolfermordet zu haben. — Das Kriegsgewand in Kiel verurteilte den Marinekrankenwärter Pauls vom Stationslazarett, der bei der Kaisergeburtstagsfeier ohne Grund den Büchsenmachergasthof durch einen Messerstich in den Unterleib gefährlich verletzete, zu 2 Jahren Gefängnis. — Der Dom in Weldorf will einstürzen. Nach einem Gutachten des Kirchenbauamteilers Voigt in Kiel ist eine Katastrophe bevorstehend, wenn nicht bald Hilfe geschaffen wird. Infolge des schwachen Fundaments haben die Mauern des aus dem Jahre 780 stammenden herrlichen Bauwerks bedenkliche Risse erhalten. Da die Kirchengemeinde nicht im Stande ist, die Renovation aus eigenen Mitteln zu besorgen, hat der Provinziallandtag 20000 Mk. hierzu bewilligt. — Einen tragischen Tod fand der Schifferknecht Köhn aus Wilhelmshagen, der auf einem Vahumer Kutter fuhr. Köhn machte die Fahrt als Hadersmann mit und fiel vom Schiffe getroffen auf das Deck und dann über Bord. Die Leiche wurde auf den Watten gefunden.

Hamburg. Stürmische Seefahrt. Furchtbare Stürme im Atlantischen Ozean werden von dem Dampfer „Bretoria“ der Hamburg-Amerika-Linie berichtet, der jetzt laut Kabeltelegramm aus New-York mit längerer Verzögerung dort eingetroffen ist. Besonders schweres Unwetter hatte das Schiff am 14. d. M. zu bestehen. Der Sturm tobte derartig, daß die Fahrgäste im Zwischendeck ihre letzte Stunde gekommen glaubten und unaufhörlich beteten. In der Nacht zum 15. März gaben drei Frauen infolge der ausgestandenen Angst vorzeitig Kindern das Leben. Drei Stunden lang war die „Bretoria“ außerstande, vorwärts zu manövrieren und trieb 31 englische Meilen aus dem Kurs. Fortwährend wurde Del ausgegossen, um die empörten Bogen zu beruhigen. Der Kapitän erklärte, falls man dieses Mittel nicht angewandt hätte, hätte sich wahrscheinlich das Schiff lotrecht überlagert. Der Sturm brach mit schreckenerregender Wüstenheit los, begleitet von mächtigen Windstößen. Das fünf Tons wiegende Rettungsboot wurde vom Wind losgerissen und gegen die Kommandobrücke geschleudert, wobei der Kapitän und mehrere andere Personen schwere Quetschungen erlitten. Ein Matrose wurde über Bord gewaschen und ertrank.

Kiel. Sieg bei der Stadtverordnetenwahl. Im Stadtteil Gaarden legte bei der gestrigen Stadtverordnetenwahl unser Parteigenosse Seegen mit 207 Stimmen über den bürgerlichen Kandidaten, für den 1790 Stimmen abgegeben wurden. Die Nähe, die sich unsere Gaardener Genossen gegeben haben, ist also nicht unbelohnt geblieben.

Streikbrecher gesucht. Der hiesige „unparteiische General-Anzeiger“ veröffentlicht folgendes Inserat:

Tüchtige Erdarbeiter finden beim Bahnbau Schöning-Dassow lobnende Beschäftigung. B. Steinweg, Eisenbahnbaunternehmer. Dazu liegt folgende Meldung vor: Auf der Bahnstrecke der Dassower Bahn wurde in zwei Abteilungen von sämtlichen Arbeitern die Arbeit niedergelegt, da ihnen ein Stundenlohn von 30 Pf.



## Preussischer Bergarbeitertag.

Wie gestern schon kurz gemeldet, trat am Dienstag in Berlin ein von der Siebenerkommission einberufener Delegiertentag der preussischen Bergarbeiter im großen Saale des Gewerkschaftshauses zusammen. Derselbe ist von Mitgliedern aller Bergarbeiterverbände besetzt. Von den Delegierten vertreten 65 den alten Bergarbeiterverband, 40 den Christlichen Gewerksverein, 13 die polnischen Verbände (darunter auch vom ober-schlesischen Verband „Gegenfeitige Hilfe“) und 6 den Hirsch-Dunderschen Gewerksverein. Rechts im Saale sitzen die Vertreter der katholischen Gewerksvereine, links die des alten Verbandes, dazwischen die Mitglieder der anderen Vereine. Die Generalkommission der Gewerkschaften ist vertreten durch den Reichsarbeitersekretär Reichstagsabgeordneter Robert Schmidt-Berlin. Den sozialdemokratischen Parteivorstand vertritt Reichstagsabgeordneter Wolfenbühler, des Zentrum die Reichstagsabgeordneten Hise und Trimborn; anwesend ist ferner Reichstagsabgeordneter Götthel.

Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte: Berggesetzgebung im allgemeinen. Referent: Reichstagsabgeordneter Otto Hue (alter Verband). Die Gesetzesnovelle über die Zechenstilllegung. Referent Hermann Köster (Christlicher Gewerksverein).

Dauer der Schichtzeit und Ueberschichtenwesen. Referent: Friz Hufemann (alter Verband). Arbeiterausschüsse. Referent: Joh. Effert (Christl. Gewerksverein).

Grubenkontrolle. Referent: Karl Kühne (Christl. Gewerksverein).

Wagennutzen. Referent: Bernhard Hammacher (Hirsch-Dunderscher Gewerksverein).

Strafwesen. Referent: Josef Regulski (Pole).

Frauen- und Kinderarbeit. Referent: Kroll (Pole, gemischt. Hilfsklasse Ober-schlesien).

Reform des Knappschaftswesens. Referent: Hermann Sachse (alter Verband).

Normalarbeitsordnung. Referent: Heinrich Hansmann (alter Verband).

Genosse Abg. Bräunel eröffnete die Tagung mit einem Willkommensgruß: Ihr Mut, Ihr Chorgeist, Ihre Disziplin waren es, die Sie während des großen Streiks zu Ehren brachten. Sie haben es verstanden, den Streik zur rechten Zeit abbrechen. Auch hier haben wir Ihre eigene Disziplin gesehen. Heute herrscht wohl kein Zweifel mehr, daß der Abbruch des Streiks im richtigen Augenblicke erfolgte. Sie haben es verstanden, diejenigen verantwortlich zu machen, die die Pflicht haben, auch für uns etwas zu tun. (Bravo!) Sie selbst sind berufen, Ihre Forderungen zur Geltung zu bringen. Wer nichts fordert, erhält nichts. (Sehr richtig!) Es wird sich zeigen, ob das gehalten wird, was uns versprochen ist. (Beifall.)

Genosse Reichstagsabgeordneter Sachse, mit Bravorufen empfangen, bemerkte: Wir haben auch die Regierung geladen. Das Handelsministerium hat geschrieben, daß es keine Zeit habe! (Hört! hört! und Lachen.) Das Reichsamt des Innern teilt mit, es halte sich zur Vertretung um deswillen nicht verpflichtet, weil der Kongreß Landesangelegenheit ist! — Wir werden also unsere Stimme desto lauter erheben müssen. (Sehr richtig!) Die Veranlassung zur Einberufung des Kongresses war, daß die Regierung unsere Wünsche und sogar ihre Versprechungen nicht voll erfüllt hat. (Sehr richtig!) In dem Entwurf ist eine ganz bedeutende Verschlechterung enthalten, nämlich der Zugang zum Ueberschichtenwesen. Zu besorgen ist weiter die Art und Weise, in der die Untersuchungen vorgenommen werden sind und werden. Wir müssen unsere Stimmen erheben, damit

wir noch einige Verbesserungen erreichen. (Anhaltender Beifall.)

Effert (Altenessen) äußert sich ähnlich. Es müsse nochmals öffentlich vor aller Welt gesagt werden, was die Bergarbeiter wollen.

Es folgt hierauf die Bureauwahl. Zu Vorsitzenden mit gleichen Rechten werden Sachse und Effert gewählt, zu Schriftführern Pammacher, Regulski, Gärtner und Kühme.

Die oben mitgeteilte Tagesordnung wird angenommen und eine Geschäftsordnung genehmigt. Die heikle Frage, nach welchem Prinzip die Abstimmungen vorgenommen werden sollen, wird nicht endgültig gelöst. Vor jeder Abstimmung soll entschieden werden, ob nach der Mitgliederzahl der Verbände oder nach der Zahl der Delegierten abgestimmt werden soll.

Als erster Redner erhält darauf Genosse Abgeordneter Hue das Wort zu seinem Vortrag über die „Die Berggesetzgebung im Allgemeinen“. Redner bedauerte einleitend, daß allgemein die neuen Novellen, auch im Landtage, nicht vom Standpunkte des Bergarbeiters betrachtet wurden, sondern unter dem Gesichtspunkte, ob sie der Sozialdemokratie nützen oder schaden. (Sehr richtig!) Tatsächlich sind hinsichtlich der Fragen, um die es sich hier handelt, die Bergarbeiter seit Jahren einig. (Sehr richtig!) Die Arbeiter aller Parteirichtungen sind jedenfalls über die Fragen des Arbeiterschutzes unter sich viel weniger uneinig, als man gemeint ist, außerhalb der Arbeiterkreise anzunehmen. Einen Arbeiterkongreß, in dem so verschiedene Richtungen von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken vertreten sind, wie in dem heutigen ersten preussischen Bergarbeiter-Kongreß, haben wir bisher in Deutschland noch nicht gehabt. Es sind hier nahezu 250 000 organisierte Bergarbeiter vertreten, und sicher werden sich alle 500 000 preussische Bergarbeiter den hier gefaßten Beschlüssen angeschlossen. (Beifall.) Na, man kann sagen, daß die 700 000 Bergarbeiter im Deutschen Reich mit größter Spannung unsere Tagung verfolgen und sicher mit uns einverstanden sein werden. (Sehr richtig!) Die Beratungen wären wohl wichtig genug gewesen, daß auch die Regierung einen Vertreter entsandt hätte. (Leb. Beifall.) Wir ist mitgeteilt worden, daß auf dem vor 14 Tagen abgehaltenen Verbandstage der Unternehmer die Regierung sich hat vertreten lassen (Hört! hört!) Wir stehen dabei keineswegs auf dem Standpunkte: Alles oder nichts! Diesen Grundsatze überlassen wir den Unternehmern, die da sagen: Alles ablehnen und nichts bewilligen. (Heiterkeit und Beifall.) Wir verlangen nur eine sachliche Behandlung der Regierungsvorlage vom Standpunkte der Arbeiter. Wenn wir das ganze Mißverhältnis von Mißständen vorlegen würden, das uns zu Gebote steht, denn würden die Verantwortlichen der Untersuchungskommission im Reichsorgane in einem sehr eigentümlichen Dichte erscheinen. Wollen wir zu derselben hinzuzugewinnen gelangen, wie die Unternehmer, so müssen wir unsere Interessen mit derselben Fähigkeit und Energie vertreten, wie das die Unternehmer seit 50 Jahren getan haben. Die Bergwerksbesitzer verhöhnen und verspotten heute die Regierung, wie die Habsburgerzeit zeigte, sie rufen Minister. Der vereinigte Macht der Unternehmer warf deshalb eine vereinstimmte Macht der Bergarbeiter entgegen. Mit aller Entschiedenheit trete ich der Ansicht entgegen, daß der Streik im Ruhrgebiet in ganz welchem parteipolitischen Sinne einzuwirken. (Schärfste Zustimmung.) Der Streik gründete sich einfach auf den Mißständen im Bergbau. Und wenn diese Mißstände nicht beseitigt werden, denn werden die Bergarbeiter nicht wieder 15 Jahre ruhig sein. (Sehr richtig!) Es ist unsere Pflicht, zu sagen, daß die Bergarbeiter längst eine tätige mit dem Regierungsentwurf unzufrieden ist; sie wird sich erst recht nicht beruhigen, wo von diesem geringfügigen Ministerium noch etwas abgeknöpft werden

wird. Was nun die Zechenstilllegungsfrage anbetrifft, so hat diese nicht Hand und Fuß. Energisch muß den zäsuristischen Machtgefühlen der Unternehmer entgegengetreten werden. Es muß für den Staat das Vorbehaltungsrecht für die noch nicht vertriebenen Mineralien gesichert werden. Im Interesse der Allgemeinheit wäre allerdings eine Verstaatlichung des gesamten Bergbaues wünschenswert. (Bravo!) Was die Bergarbeiterschutzesgesetzgebung betrifft, so hat diese einen vollen Fortschritt genommen. Wir fordern nur eine Wiederherstellung der alten Bergarbeiterrechte. Wir fordern den Achtundentag, Verbot der Frauenarbeit, Kinderzuschlag bis zum 18. Jahre, obligatorische Verpflichtung zur schriftlichen Abfassung des Gebirgsvertrages. Bei Festlegung des Gebirges sollten auch die Arbeiterausschüsse mitwirken. (Leb. Beifall.)

Zu der Nachmittags Sitzung wird zunächst ein Begrüßungstelegramm des Christlichen Bergarbeiterverbandes in Desterreich verlesen und mit Beifall angenommen.

Ueber den 2. Punkt der Tagesordnung: „Die Gesetzesnovelle über die Zechenstilllegung“ referierte Hermann Köster (Christlich). Derselbe begründet in längerer Ausführungen folgende Resolution: „Der Bergarbeitertag erkennt in der auf Grund der bisherigen Statuten des rheinisch-westfälischen Kohlen Syndikats angestrebten Stilllegung von teils noch rentablen Gruben eine das Interesse der Gesamtheit sowohl wie der Arbeiter schädigende Maßnahme. Er erwartet von der Staatsregierung, daß sie den Wünschen des Kartellwesens event. durch eine umfassende Kartellgesetzgebung begegnet. Vor der Hand begrüßt der Bergarbeitertag das Bestreben, durch Änderung des § 65 des Berggesetzes ungerechtfertigten weiteren Stilllegungen von Gruben entgegenzuwirken. Der Bergarbeitertag ist der Ansicht, daß auch die gesetzliche Festlegung eines Vorbehaltungsrechtes des Staates auf die noch nicht vertriebenen Mineralien bezw. im allgemeinen Interesse liegt.“

In der Diskussion wünscht Seimpeter, Bochum (A. R.) einen Zusatz zur Resolution, der sich grundsätzlich für die Verstaatlichung der Gruben ausspricht. Nachdem sich verschiedene Redner hiergegen ausgesprochen hatten, zog Seimpeter seinen Antrag zurück.

Dovelle-Gieseler teilt hierauf namens der Mandatprüfungskommission mit: Es sind 119 Delegierte anwesend. Vertreter sind die Organisationen der Polen mit 6 Delegierten (davon 5 aus dem Ruhrgebiet), der Hirsch-Dundersche Gewerksverein mit 8 Delegierten (5 aus dem Ruhrgeb.), der Gewerksverein der Christlichen Gewerkschaften mit 38 Delegierten (davon 29 aus dem Ruhrgebiet) und der Alte Bergarbeiterverband mit 62 Delegierten (davon 44 aus dem Ruhrgeb.). Als Gäste sind anwesend Hise, Trimborn, Stöckel (S.), Götthel (Sg.), Brejski (Pole) und Wolfenbühler (Sd.).

Dem Bank: „Dauer der Schichtzeit“ und zu dem „Ueberschichtenwesen“ begründete Friz Hufemann folgenden Antrag: „Die Konferenz als berechnete Vertreterin von 500 000 preussischen Bergarbeitern erklärt: In der dem Preussischen Landtag zugegangenen Berggesetznovelle über die Arbeiterverhältnisse sind die schon seit Jahrzehnten ausgesprochenen Wünsche der Bergarbeiter fast ganz unberücksichtigt geblieben. Der im § 93 B der Novelle vorgesehene fünftägige Arbeitstag kann durchaus nicht als genügend bezeichnet werden. Daher richten wir an die Kgl. Staatsregierung wie an das Abgeordnetenhaus das dringende Ersuchen, § 93 der Novelle einer Verbesserung zu unterziehen.“ Verlangt wird ferner: Verbot aller Ueberschichten und Sonntagsarbeit. Es sind solche nur zur Rettung von Menschenleben, bei außerordentlichen Betriebsstörungen oder Schachtparaturen zulässig. Haben im Sommer wegen Mangels an Abzug Feuerlöscher eingesetzt werden müssen, so kann die betr. Zeche diese im Winter wieder nachholen lassen. Mehr als zwei Schichten dürfen jedoch im Monat nicht nachgeholt, und auch Doppelschichten dürfen dabei nicht

## Ein schwerer Verbrecher.

Erzählung von S. Salamon.

(2. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Aber weshalb denn?“ fragte Timisch.

„Ja, denke dir nur. Ihr Vater ist doch Geldbrüderstücker. Und da sie noch sechs Geschwister hat, so haben sie manchmal hungern müssen und ihr Vater hat Schulden machen müssen und da hat er einmal etwas Geld, was er ankragen sollte, für sich und seine hungernden Kinder genommen. Aber, so erzählte mir die Grete, er wollte das Geld von seinem Gehalt am Ersten gleich wieder zurückgeben. Aber ganz plötzlich habe man alles nachgesehen, und da haben sie denn entdeckt, daß etwas Geld fehlt. Gleich haben sie ihren Vater fortgeführt und nun soll er neun Monate im Gefängnis sitzen. Denke doch, Vater! Neun Monate! Und dann erzählte mir noch Grete, daß es im Gefängnis so schrecklich sein soll. Bloß ein kleines Zimmerchen, wo oben an der Decke ein Fenster drin, welches mit eisernen Stäben vergittert ist, damit der Gefangene ja nicht entfliehen kann. Dann steht in diesem Loch ein kleiner Tisch mit Stuhl und ein hartes Lager, worauf der Gefangene schläft. Da essen kriegt er bloß Wasser und Brot und darf mit keinem Menschen sprechen. Und das soll ihr armer Vater nun neun Monate aushalten! Da muß er doch dabei sterben, Vater, nicht wahr?“

„Gewiß ist das schlimm, mein Kind. Aber ganz so furchtbar ist es im Gefängnis doch nicht, wie dir das die Grete erzählt hat. Immerhin kommt es aber doch mal vor, daß auch ein Gefangener daran zugrunde geht.“

„O, wie schrecklich, Vater! Und dabei hat doch der arme Mann gar nichts Schlimmes getan?“

„Ja, meine liebe Annemarie.“ sagte Timisch und freudig ihr die Lippen, die ihr bei der eifrigen Erzählung ins Gesicht gefallen waren, wieder zurecht. „Das sind nur

einmal solche dumme Gesetze, welche die Menschen gemacht haben. Wenn du bald größer bist, dann wirst du auch verstehen, weshalb ich so oft zu den Leuten in den Verurteilungen gehen und reden muß, damit solche Gesetze nicht mehr gemacht werden können.“

„Wäre ich doch erst bald so groß, wie du, Vater, dann könnte ich immer mit dir gehen und dir zuhören. Wie ich du wäre das!“

„Das Vergessen wirst du ja bald haben. Noch eine acht Jahre mußt du dich freilich gedulden, mein Madel, um alles richtig verstehen zu können, was meine Freunde und ich wollen.“

„Sag mal, Vater, bist du ein Sozialdemokrat?“ fragte sie plötzlich ganz ernsthaft.

„Ja?“ fragte er verwundert. „Wer hat dich denn danach gefragt?“

„Gefragt hat mich noch keiner, Vater. Aber gestern erzählte uns der Lehrer eine lange böse Geschichte von diesen Leuten. Verstanden habe ich freilich nicht viel davon. Aber so viel begriff ich, daß sie den Kaiser totmachen wollten, und daß es dann keinen Gott mehr geben würde. — Es hörte ich ganz schauerlich an.“

Während dieser Unterhaltung war Frau Timisch heringekommen und stellte das Kaffeetischchen auf den Tisch.

„Hörst du, Verta“, wandte er sich an seine Frau. „Was mir eben unsere Annemarie erzählt hat? Nicht alles, daß wir bloß der Kugel herab in den Kot gezogen werden. Nein, sogar die Schulden sollen mobil gemacht werden gegen uns. Das reine, noch unschuldige Kindergewüt soll vergiftet werden durch unhaltbare Lügen und Entstellung der Wahrheit. Fürwahr, wir haben es herrlich weit gebracht in unserem deutschen Vaterlande!“

Springam gab Frau Timisch den heißen Kaffee in die drei Tassen und sagte dann: „Was dir da der Lehrer erzählt hat, mein Kind, das brauchst du nicht zu glauben, denn

die Sozialdemokraten sind keine bösen oder gar schlechten Menschen, sondern eher trifft das Gegenteil zu.“

„Dann also Vater, bist du doch einer?“ fragte mit großen Augen sein Madel.

„Gewiß, Annemarie. Und wenn dich interessiert der Lehrer das was fragen sollte, dann sage ihm ruhig die Wahrheit und du kannst noch hinzufügen, daß dein Vater sogar stolz darauf ist.“

„Dann freilich, Vater, wenn du auch ein solcher Sozialdemokrat bist, dann weiß ich ganz von selbst, daß das alle gute Menschen sein müssen.“ Und dabei gab sie ihm, mit einem glücklichen Lächeln auf dem Gesicht, einige herzhafte Küsse.

Noch über dies und jenes plaudernd, tranken die drei Menschenkinder ihren Kaffee, ohne zu ahnen, daß bald ein rauhe, unsichtbare Hand dies glückliche Familienleben auseinanderreißen würde.

Als die Uhr sechs schlug, nahm Timisch von seinem Stuhl Abschied, um sich nochmals nach der Redaktion zu begeben, um dort nach dem Rechten zu sehen.

2.

Es war Ende August und eine dumpfe, schwere Luft lagerte schon am frühen Morgen über den Straßen der Stadt.

Reich war Timisch heute wieder im Augus und in frohlicher Laune nahm er Abschied von Weib und Kind. Noch auf der Treppe rief er seiner Frau zu, daß er hienieden ja als zur rechten Zeit zum Mittagsessen erscheinen werde.

Als er in das Redaktionszimmer trat und seinen Kollegen Kumpff herzlich begrüßt hatte, meinte er: „Ich möchte heute bloß das Gesicht dieses klassischen Wichtigtuers sehen wenn er meinen Artikel liest. Denn scheinbar sind die Herren noch oder gerade wegen ihres bösen Gewissens doch.“

„Ja, ich weiß nicht, Timisch; mich will eine böse Ahnung

gewacht werden. Es darf schließlich auf diejenigen Arbeiter, die durch Feindschaften ausgefallenen Schichten nicht nachhaken wollen, keinerlei Zwang ausgeübt werden. — Die Diskussion über diesen Antrag wurde auf Mittwochvormittag 1 Uhr vertagt.

### Suzialis und Paricleben.

**Keine Albumarbeiter und keine Buchbinder nach Stockholm!** Die Albumarbeiter von Herzog, der höchsten Buchbinder in Stockholm, haben wegen Aufregung die Arbeit niedergelegt. Da außerdem die Buchbinder Stockholm ihren seit 1899 geltenden Lohn tarif geändert haben, also vor einer Lohnbewegung stehen, wird sowohl vor Bezug von Albumarbeitern wie Buchbindern nach der schwedischen Hauptstadt gewarnt. Auch in Göteborg sind die Tarifverhältnisse im Buchbinderberufe noch immer nicht geregelt, so daß von dieser Stadt der Bezug ebenfalls ferngehalten.

Die polnisch-sozialistische Partei für Deutschland hat an Stelle des Genossen Derfus, der vor kurzem ausgeschieden ist, weil die polnischen Sozialisten sich nicht mit der deutschen Partei einigen wollten, den Reichsrat Stefan Thiel zum ersten Vorsitzenden gewählt.

Eine Konferenz für den Wahlkreis Offen, die am Sonntag in Vorberd tagte, stellte mit 84 von 90 Stimmen den Genossen Gewehr als Reichstagskandidaten auf.

Für den Reichstagswahlkreis Weklar-Altenkirchen wurde ein Parteiverein gegründet, der seinen Sitz in Weklar hat.

Eine Sympathieandengung für die russischen Freiheitskämpfer veranstalteten die Sozialisten in Belgrad (Serbien). Die Redner übten Kritik an der Politik Russlands und warfen der russischen Diplomatie vor, daß sie gegen Serbien stets unaufrichtig gewesen ist und auch an dem serbischen Königsmord nicht unbeteiligt gewesen sei.

**Eine sozialdemokratische Gräfin.** Aus London wird geschrieben: Die ihrer Gemeinnützigkeit wegen weithin bekannte Gräfin Warwick ist zur Sozialistin geworden. Die im 45. Lebensjahr stehende Dame, Tochter und Erbin des Obersten Warwick, gehörte bislang zu den Spitz der Gesellschaft und ihr Name war in die weitesten Kreise gedrungen, weil sie sich an allen gemeinnützigen Bewegungen beteiligt hat und sich nicht scheute, auch persönlich Hand anzulegen, wenn es not tat. Ihr Gatte ist der jüngste Earl of Warwick und besitzt das geschichtlich und architektonisch gleich bemerkenswerte Schloß Warwick in der gleichnamigen Grafschaft und einen andern wichtigen Landbesitz, genannt Calton Lodge bei Danmow in Essex. Er besitzt ungefähr 10 000 Acker; doch übertrug ihn seine Gattin nicht nur an geistigen Fähigkeiten, sondern auch an Grundbesitz, denn sie nennt 23 000 Acres ihr eigen. In Essex Lodge und im Schloß Warwick hat die Dame in geradezu fürstlicher Weise für die Pflege der Kranken und die Unterstützung der Armen unter ihren Dienern gesorgt, hat für die Kranken und Mädchen der Adelsfamilien von Essex technische Schulen und wissenschaftliche Anstalten begründet und sich darum bemüht, daß die Mädchen in Handarbeiten und in der in der Haushaltung nötigen Kenntnissen unterrichtet werden. In Warwick, gewissermaßen im Schatten des altertümlichen Palastes, in welchem die größte Familie wohnt, hat sie für verknüpfte Kinder ein Heim geschaffen; in der Stadt Reading ist vor einigen Jahren die von ihr gestiftete Schule für Gartenbau eröffnet worden, in welcher Töchter aus dem gebildeten Mittelstand des Gartenbau, die Herstellung von Käse und Butter und das Halten von Vögeln und Hühnern erlernen können. Die Gräfin Warwick ist nämlich selbst eine begeisterte Gärtnerin und hat über ihre Erfahrungen im Gartenbau, im Flechten von Herbarien und von Gemüsen und über den Düßbau ein Buch geschrieben, das sogar von Hauptgärtnern als maßgebend angesehen wird. Aus ist diese weibliche Herbe des englischen Adels zu den Sozialisten übergegangen und Mitglied der sozialdemokratischen Föderation geworden. Als „Polizey und überprügtes Mitglied der letztgenannten Gesellschaft“ — das sind ihre eigenen Worte — wird sie in wenigen Wochen, sobald das Alter es ihr gestattet, in ihrem rotbemalten Kraftwagen eine Rundreise durch England antreten, um im offenen Lande und in Dörfern und Provinzialstädten für ihre politische Ideale Jünger zu werben. Sie will in die Arbeiterpartei in ihren verschiedenen Zweigungen einsteigen, welche daran gerichtet sind, die Arbeiter von beiden politischen Parteien unabhängig zu halten. Von allen Seiten ist die Gräfin eingeladen worden, vor politischen Versammlungen und Arbeiterversammlungen zu

reden, und ihre Pläne dem Volke vorzulegen. Unter anderem verlangt sie das Stimmrecht für die Frauen, und zwar für alle Männer und Frauen, die das einundzwanzigste Jahr zurückgelegt haben.

### Aus Nah und Fern.

Ein Unhold, im schärfsten Sinne des Wortes, wurde dem Schwurgericht des Landgerichts I in Berlin in der Person des Hausdieners Arthur Rudolf aus dem Moabiters Untersuchungsgefängnis vorgeführt. Nach dem Eröffnungsbeschlusse wurde R. des schweren Sittlichkeitsverbrechens, der Freiheitsberaubung und Körperverletzung mittels einer das Leben gefährdenden Behandlung gegenüber einer 12jährigen Schülerin beschuldigt. Die Verhandlung fand hinter verschlossenen Türen statt und zog sich bis in die späte Abendstunde hin. Das Urteil gegen Rudolf lautete auf acht Jahre Zuchthaus, sowie Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 10 Jahren. Wie aus den öffentlich verkündeten Urteilsgründen zu entnehmen war, hatte der Angeklagte die kleine 12jährige Tochter des in demselben Hause wohnhaften Schmieds G. in den Keller gelockt und längere Zeit gefangen gehalten, nachdem er das Kind in der schändlichsten Weise vergewaltigt und dann halb tot geschlagen hatte. Die Geschworenen bejahen sämtliche Schuldfragen im Sinne der Anklage. Der Staatsanwalt beantragte die höchstzulässige Strafe von zehn Jahren Zuchthaus. Der Gerichtshof erkannte auf acht Jahre Zuchthaus und die üblichen Nebenstrafen.

**Nächtliche Rufeherder im Offiziersklub.** Ueber Ausschreitungen von Offizieren in Brandenburg berichtet die „Brandenburger Zeitung“: Mittwoch abend in der ersten Stunde zog ein Klub Offiziere, Fähnriche u. dergl. die Ritterstraße entlang. Den Herren Militärs, welche „vergnügt“ die Ritterstraße entlang zogen, muß wohl die Straße nicht breit genug gewesen sein; einen Herrn hinterste eine Fensterleuchte im Hause Ritterstr. 6. Während er sich in Schreien bis auf den Straßendam. Der Vorgang rief natürlich in der belebten Straße Leute herbei, die nach dem Wächter riefen, damit die Namen der nächtlichen Störenfriede, welche unbesümmert ihren Weg zogen, festgestellt werden könnten. Der Wächter war natürlich den Herren Militärs gegenüber schwächling. Vor dem Zuchthaus, in der Nähe des Nikolaibaches, hatte der Ständel wohl an 150 Menschen angelockt. Dieses muß wohl den Herren Militärs lästig geworden sein, denn plötzlich schärmte der Klub, circa 8 Mann, in Dammbreite aus und stürzte mit der Waffe auf Männer und Frauen los. Aus Furcht vor Bräutigamern wich der Volk zurück bis zur Humboldtspromenade. Alles rief nach der Polizei, der Wächter ließ die Notrufschellen ertönen! Einem Fähnrich, der einen jungen Mann angriff, wurde hierbei von einem andern beherzten jungen Mann der Degen entzogen. Die Entlassung des heldenmütigen Fähnrichs wirkte dann, nachdem verschiedene Personen angerempelt worden waren, auf die Herren von der Gesellschaft ernüchternd, sie wurden kleinlaut und sagten an, um Herausgabe des Degens zu bitten. Dieser war aber von Jungen des Vorfalls auf der Polizeihauptwache abgeholt worden. Der Eigentümer soll das „Reichen seiner Mitternacht“ später wieder von der Polizeiwache abgeholt haben. Jederfalls darf man erwarten, daß der Vorgang zum Gegenstand der Untersuchung gemacht wird. Waren bei der Mitternacht der Unternehmung gemacht wird. Waren bei der Mitternacht, welche die Herren vom Militär unternehmen, auf bürgerlicher Seite gleich aufgeregt Elemente vorhanden gewesen, dann hätte es sehr leicht zu einem blutigen Zusammenstoß kommen können.

**Von den vollendeten Rechtsgarantien.** Graf Bojadowsky erklärte vor einiger Zeit, Deutschland sei der Staat mit den vollendeten Rechtsgarantien. Wie es mit dieser „Garantien“ aber zuweilen ausfällt, dafür nur einige Beispiele von vielen. Vor der Strafkammer in Halle wurden der Händler Segeßing und der Klempner Drossel, zwei durchaus harmlose und gute Staatsbürger, aus der Untersuchungshaft vorgeführt, in der sie seit dem 27. Februar befanden. Die beiden jungen Leute hatten eines Abends in der Zeit der Arbeitslosigkeit, um einige Groschen zu verdienen, mit einem Nazarenenjungen (jg. Tauter Alphenrot) ausspazieren lassen, und dadurch — gerichtsrechtlich ausgedrückt — ohne Genehmigung der Obrigkeit eine öffentliche Lotterie veranstaltet. Der Einsatz betrug 10 Pf.; in jenem Restaurant, wo die Sache vor sich ging, amüsierte man sich, und die Polizei schnappte die beiden Leute, die gestern erst wieder aus Untersuchungshaft kamen, vor genau einem Monat weg. Das Gericht verurteilte beide Angeklagte antragsgemäß zu je 10 Mark Geldstrafe; sie hatten aber wegen der Verurteilung einen

Monat in der Untersuchungshaft zugebracht. — Vor dem Schöffengericht beklagte eine abgemagerte Proletarierin, Frau K., ihr Schicksal. Sie hatte einen Tages in der Hitze dieses Brennholz aufgefressen, und was dabei mit dem Forstausseher Habemus in Wortwechsel geraten. Als der gefrenge Beamte der Frau den Kopf wegnehmen wollte, erhielt die Unglückliche mit dem Kopf einen Stoß vor die Brust, daß sie einige Tage krank war. Sie wurde nun auch noch des „Widerstands“ gegen den baumlanger, kräftigen Forstbeamten beschuldigt und zu drei Tagen Gefängnis verurteilt. — Die bürgerliche Presse beklagt hier die Ueberfüllung des Gefängnisses; ein neues Justizgebäude ist entstanden, für ein neues Polizeigebäude verlangt man Geld — und wie Figura zeigt, fällt man die Gefängnisse.

**Der Geheime Kommerzienrat Sahn** in Dresden, der wegen Schwindelens zu 4 Jahren Gefängnis verurteilt wurde, ist nunmehr in Haft genommen worden. Dasselbe ist jedoch nicht glatt vor sich gegangen. Als am Freitag zwei Kriminalbeamte an der Entree der Wohnung des Geheimrats klingelten und Einlaß begehrten, wurde ihnen von dem Dienstmädchen eröffnet, daß die Herren in den Salon führten mit dem Bemerkung, hier „einen Augenblick“ zu warten, bis sich der Herr Geheimrat fertig gemacht habe. Da der Augenblick den Beamten aber zu lange erschien, sich auch niemand sehen ließ, wurden sie unruhig. Es wollte deshalb einer von ihnen nach dem ihnen anvertrauten Schützling Umschau halten; wie groß war aber sein Entsetzen und Schreck, als er beim Öffnen der nach dem Korridor führenden Türe sah, wie der Herr Geheimrat, „reifefertig“, versehen mit Ueberzieher und Händer, eben durch die Entree der verschwinden wollte, um offenbar das Freie zu erreichen. Mit Hilfe seines Kollegen wurde der nach Freiheit dürstende Geheimrat von dem Beamten von seinem Vorhaben natürlich gehindert und mittels Droschke sofort in's Mathilden-schloßchen auf der Pillnitzerstraße begleitet. Uebrigens hofft man in den Sahn nachstehenden Kreisen, daß schon in absehbarer Zeit die Begnadigung doch noch eintreten wird. — Es ist einfach unerhört, daß man einen zu 4jähriger Freiheitsstrafe verurteilten geheimrätlichen Schwindler solange auf freies Fuß belasse, während man bei armen Schlundern sofort mit der Verhängung der Haft bei der Hand ist, selbst wenn es sich nur um eine verhältnismäßig geringe Strafe handelt.

**500 000 Fahrkarten polizeilich beschlagnahmt.** Daß Fahrkarten und Fahrscheine eines Verkehrsinstanz ebenso wie Schriften, Bücher und Zeitungen auf ihren Inhalt hin polizeilich geprüft werden, damit sie beim Publikum keinen Anstoß erregen, dürfte wohl den wenigsten bekannt sein. Daß aber in der Tat dann solche Karten und Scheine polizeilich beschlagnahmt werden, weil sie nach der Ansicht der Polizei irgend eine nicht ganz „einwandfreie Aufschrift“ oder einen anderen Vermerk tragen, dürfte wohl noch nicht dagewesen sein. Also ist es der Dresdner Straßenbahngesellschaft jetzt ergangen. Dieselbe gab für den Monat März unter anderen Fahrscheine aus, die auf der Rückseite eine Anpreisung hygienischer Bedarfsartikel eines bekannten Dresdner Versandhauses enthielten. Bis zur Mitte dieses Monats wurden diese Fahrkarten an die Fahrgäste abgegeben, dann aber trat plötzlich die Polizei dazwischen, verbot die weitere Ausgabe und konfiszirte auf Antrag der königlichen Staatsanwaltschaft nicht weniger als — 500 000 Stück. Ob diese Beschlagnahme gegen den „Verfasser“ noch ein gerichtliches Nachspiel haben wird, entzieht sich zunächst noch unserer Kenntnis. Sollte das aber der Fall sein, dann müßten die „Verbreiter“, also die Straßenbahnbesitzer, ebenfalls herangezogen werden. Es läßt sich aber jedenfalls darüber streiten, ob jene Fahrscheine mit der angezogenen Reklamemotiv Anstoß beim Publikum erregen oder nicht.

**Ein Doppelraubmord** wurde am Sonnabend in Dinkelscherben (Schwaben) an den in einem einsam gelegenen Hause wohnhaften hochbetagten und wohlhabenden Gelehrten Pott begangen. Weiden wurde der Schädel eingeschlagen. Bei Entdeckung der Tat lag der Mann in seinem Bette und die Frau angekleidet in der Küche. Es ist noch nicht bekannt, was geraubt wurde, da sich noch ziemlich viel Bargeld vorfand. Vom Täter hat man keine Spur.

Ein Vater von 26 Kindern. Der Minister des Innern von Frankreich hat einem vom Senator Piot bezeichneten Familienvater, Vater von 26 Kindern, eine Unterstufung von 200 Fr. zugezagt.

nicht verlassen, daß das kein gutes Ende nimmt.“ sagte Kumpf mit sorgvollem Gesicht.

„Ich was, Kumpf,“ entgegnete dieser lechzend. „Mir ist heute so wohl, wie lange nicht. Ich sitz hier im Schmuck und schreie. Aber eigentlich bin ich ein Mann von weichen empfindenden Blättern. Das wird ein schönes Konzert abgeben. Aber Sie werden sagen und da wird man sich ganz gewaltig jagen. Kom, jeder wie er es verdient.“

„Sie machen sich nur beide über die eingekerkerten Hoffungen her und waren gerade in ihrer besten Beschäftigung, als sich die Tür öffnete und ein Polizeikommissar, gefolgt von zwei uniformierten und zwei gekleideten Schützlingen, das Zimmer betrat.“

„Er wandte sich zuerst an Timisch und sagte: „Ich komme im Auftrag meiner vorgesetzten Behörde, um das Mandat des Herrn in Ihrem Hause erlassenen Lichtstrahl zu suchen. Sollte das nicht geschehen, so werde ich bezweifelnd die Handlung vornehmen lassen, um das Gemächte zu haben. Hier ist meine Vollmacht.“ Und dabei legte er seinen dem Staatsanwalt beigegezeichneten Schein vor.“

Timisch, welcher im ersten Augenblick beim Eintreten der Polizeikommissare doch etwas erschrocken, hatte schnell seine Lage wiedergefunden und erwiderte: „Deshalb, Herr Kommissar, wünsche ich Sie sich ebenfalls nicht her zu bewegen, denn das Mandat ist längst in Höhe verbrennt und kann ich Ihnen deshalb befehlen auch nicht ausstellen.“

„Dann behaupten Sie,“ sagte aufgebracht der Kommissar. „So was ist die Handlung vornehmen lassen.“ Er erwiderte jedoch ohne Verlegenheit an die Polizeikommissare, von denen zwei sich nach dem Sekretariat begaben, während die anderen beiden das Kommissariat auf dem Kopf hielten. Alles wurde beschleunigt und beschleunigt, selbst das Licht an-

scheinbare Blättchen wurde einer Prüfung unterzogen. Die beiden Kommissare wechselten bedeutungsvolle Blicke und Timisch sagte: „Diese Aktion scheint in Erfüllung zu gehen. Ein neuer Tag, was da vorgeht.“

Nach Verlauf dreier Stunden kehrten auch die anderen Polizeikommissare zurück und der Kommissar legte ein Protokoll über die ergebnislose Handlung an. Als er das selbe beendet hatte, suchte er nach umständlich unter seinen Papieren umher, dann entfaltete er ein Zettelblatt, trat auf Timisch zu und sagte in feierlichem Tone: „Im Namen des Königs verhafte ich Sie!“

Eine lautlose Stille herrschte nach diesen Worten. Dann aber rief Timisch empört aus: „Mich verhaften? Was habe ich denn Schwebes verbrochen?“

Der Kommissar zeigte die Akten: „Das weiß ich nicht, geht mich auch nichts an. Ich habe nur der mich übertragene Befehl auszuführen und ersuche Sie, mir gutwillig zu folgen.“

Ein langer Blick von Timisch traf noch Kumpf, dann nahm er seinen Hut und sagte: „Ich komme!“

Die Verhaftung des Kommissars hatte sich wie ein Lawfener in der Stadt verbreitet. Wie eine Bombe spritzte diese Nachricht unter der Arbeiterwelt. Die noch vorhandenen wenigen Exemplare des „Vollwille“ waren konfisziriert und die Druckplatten vernichtet worden. Aber alle diejenigen, welche diese gefährliche Nummer in ihrem Besitz hatten, hielten diese wie ein heiliges Wertpapier, und heftig fluchte man sich das Blatt zu, jedoch bald die ganze Bevölkerung mit den inkonsumierten Exemplaren fast anwendig konnte. Die Kommissare setzten sich sofort mit einem tatkräftigen Kommissar in Verbindung, um die Aufschaffung dieses Kommissars zu erwirken. Aber alles war vergebens.

Selbst gegen hohe Kaution wurde der Verhaftete nicht entlassen. Die Staatsanwaltschaft schloß sich dem Verdacht vor und erklärte, daß Timisch wegen schwerer Majestätsbeleidigung angeklagt werden würde. Niemand, außer seinem Verteidiger, wurde vorgelesen, und so mußte man ruhig die Gerichtsverhandlung abwarten.

Während man sonst gewöhnt war, daß die Justiz sehr langsam und schwerfällig arbeitete, hier in diesem Falle wurde mit verdächtigen Hochdruck gearbeitet. Schon drei Wochen nach seiner Verhaftung hielt er die Anklage in den Händen und vierzehn Tage später fand die Gerichtsverhandlung unter völligem Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Eine große Menschenmenge hatte sich vor dem Gerichtsgebäude eingefunden, die erwartungsvoll dem Ausgang des Prozesses entgegenarrte.

In dem Sitzungssaal hatte soeben der Staatsanwalt seine Anklage begründet. Er führte in längerer Rede aus, daß endlich einmal ein verurteilendes Exempel statuiert werden müsse, um dem immer frecher werdenden Sozialismus die Zähne zu zeigen, demselben Sozialismus, welchem nichts mehr heilig sei, welcher die Grundmauern unseres so herrlichen Staatsgebildes zu erschüttern drohe. Gerade der Angeklagte habe in freivolster Weise die geheiligte Person des Fürsten in den Kot gezerrt und aus allen diesen Gründen beantrage er eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten.

Nach diesem Antrage lachte Timisch wie gestirbt, wachend auf den Ankläger. Zwei und ein halbes Jahr Gefängnis! Selbst die schwersten Verbrecher kamen oft mit weit geringerer Strafe davon.

(Fortsetzung folgt.)